

Die Bayerischen Chemieverbände

JAHRESBERICHT 2018/2019

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern
VCI-LV Bayern

Inhalt

Vorwort Dr. Günter von Au (Vorsitzender des Vorstands)	4
Vorwort Walter Vogg (Vorstand und Hauptgeschäftsführer)	8
Wirtschaftliche Lage	12
Tarifpolitik	16
Sozialpolitik	20
Industriepolitik	28
Energiepolitik	34
Aus der Arbeit des VBCI	42
Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern	50
Ausblick	58
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbände	61
Gremien	62
Statistische Vergleichszahlen	66

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.



Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Mitgliederversammlung im Juli 2019
gebe ich den Vorsitz im Vorstand der Bayeri-
schen Chemieverbände ab.

In den letzten acht Jahren meiner Amtszeit hat
sich die Welt ein Stück weit verändert. Vieles
zum Guten. Aber die Verbandsarbeit ist in die-
ser Zeit schwieriger geworden.

Es hat damit zu tun, dass es einen Trend zu immer schnellerer Kom-
munikation, zu verkürzten Inhalten und zu polarisierenden Positionen
gibt. Das gilt für die Politik, aber auch für die Gesellschaft insgesamt
und für die Medien. Populisten in vielen Parteien und Lebensbereichen
profitieren davon überall auf der Welt. Fakten bilden immer weniger die
Grundlage für Entscheidungen. Der emotional und ideologisch geführ-
te Diskurs und der Dissens sind publikumswirksamer.

»ES GIBT EINEN TREND ZU IMMER SCHNELLERER
KOMMUNIKATION, ZU VERKÜRZTEN INHALTEN UND ZU
POLARISIERENDEN POSITIONEN«

Im Ergebnis führt dies auch zu einer Faktenvergessenheit. Die öffent-
liche Debatte, die vielleicht sogar intensiver geworden ist, wird zuneh-
mend moralisierend und ideologisch geführt. Sachverstand, Fakten
und ein echter Diskurs über Alternativen, Folgen und wechselseitige
Abhängigkeiten kommen deutlich zu kurz.

Bestes Beispiel ist die für uns essenzielle Klima- und Energiepolitik,
der wir dieses Jahr ein eigenes Kapitel gewidmet haben. Hier werden
offensichtlich wichtige Sachargumente und ökonomische Grundre-
geln ignoriert.

Auch das britische Referendum zum Brexit ist sicher zum Teil mit Fehl-
informationen zu erklären.

In der Politik kommt es mittlerweile oft mehr auf die Symbol- bzw. „Pu-
blikumswirkung“ an als auf den Nutzen fürs Land. Auch hierfür gibt es
Beispiele, wie die Bundesratsinitiative Bayerns zu Mikroplastik. Diese
fordert die Bundesregierung auf, auf europäischer Ebene ein Verbot
von Mikroplastik in Kosmetikartikeln zu erwirken. Dass sich einerseits
die Industrie vier Jahre vorher eine Selbstverpflichtung zum Verzicht
auferlegt hatte, die bereits einen Großteil des Problems gelöst hat, und
andererseits die EU bereits ein Jahr lang an einem Beschränkungsdo-
ssier im Rahmen von REACH arbeitete, hatte offenbar keinen Einfluss
auf diesen Beschluss.

»DIE POLITIK HAT EIN STÜCK WEIT
IHRE DEUTUNGSHOHEIT VERLOREN«

Auch Formate wie der Energiedialog, die neuen Foren der CSU, die
Reaktion auf Bürgerbegehren usw. zeigen, dass die Politik auch in
Bayern populistischer wird und mehr auf Stimmungen in der Bevöl-
kerung reagiert. Sie kann nicht mehr erklären oder gar einfach das
Richtige tun; sie ist gefangen in emotionalen Stimmungsblasen und
Kampagnen („Rettet die Bienen“, „Fridays for Future“). Die Politik hat
ein Stück weit ihre Deutungshoheit verloren.

All dies macht natürlich auch die Verbandsarbeit schwieriger. Klassisch
war und ist sie geprägt von rationalen Argumenten, von Sacharbeit,
von der gründlichen Analyse von Gesetzes- und Verordnungstexten,
ihrer Wirkungen und den sich daraus ergebenden Forderungen, Hin-
weisen und Kommentaren in den Gesetzgebungsprozessen.

In der Verbandskommunikation müssen wir uns nun auch auf kurze
bzw. verkürzte Botschaften konzentrieren. Und das Netzwerken, das
stärkere Einbinden von Mitgliedsunternehmen und deren Mitarbeitern
sowie der Schulterschluss mit anderen Verbänden wird wichtiger.

Nicht zuletzt das Ansprechen der Stimmungen und Gefühle der Men-
schen wird wichtiger, um glaubhaft zu werden – emotionale Botschaf-
ten gewinnen, wie bereits gesagt, an Bedeutung.

Wir dürfen aber gleichzeitig nicht den Fehler begehen, in unserer Analyse, in der Ableitung der Forderungen und Positionen mit Verkürzung und geringerer Tiefe zu arbeiten. Um zu vernünftigen Lösungen zu kommen, müssen Fakten, Sachkenntnis und die Durchdringung komplexer Sachverhalte weiterhin der Maßstab sein.

»FAKTEN, SACHKENNTNIS UND DIE DURCHDRINGUNG
KOMPLEXER SACHVERHALTE MÜSSEN ABER WEITERHIN DER
MASSSTAB SEIN«

Wenn ich drei Wünsche an die Politik richten darf, dann wären es folgende:

1. Ich wünsche mir wieder mehr klare Führung auf Basis von gut durchdachten Konzepten.
2. Für unsere Industrie elementar wichtig: Bringt die Klima- und Energiepolitik wieder auf einen vernünftigen Kurs! Noch bevor das bayerische/nationale/europäische Vorgehen unsere Unternehmen und unsere Wirtschaft in ernste Bedrängnis bringt, muss ein entsprechendes weltweites Klimaschutzsystem aufgebaut sein. Die heimische Wirtschaft braucht faire Bedingungen im internationalen Vergleich – dauerhaft. Das ist die erste und wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Und es beginnt mit der Energie. Wie jeder Ökonom im ersten Semester lernt, sind die Verfügbarkeit und der Preis von Energie (zunehmend Strom) das A und O der Wirtschaftspolitik. Der aktuelle Weg führt uns in einen massiven Wettbewerbsnachteil, und das, ohne dem Ziel Klimaschutz zu helfen.

»VERFÜGBARKEIT UND PREIS VON ENERGIE SIND NACH WIE
VOR DAS A UND O DER WIRTSCHAFTSPOLITIK«

3. Die Bildung: Die Bildungspolitik wirkt sich erst Jahre später aus, aber sie ist entscheidend für die langfristige Zukunft. In Bayern haben wir ein sehr gutes Bildungssystem, aber es zeichnet sich eine Entwicklung ab, die die Bedeutung der Naturwissenschaften für unsere Gesellschaft und für die Wirtschaft sträflich unterschätzt. Hier ist die bayerische Politik gefragt.

Zum Ende meiner Amtszeit möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei allen Mitstreitern im VCI und VBCI, bei meinen Vorstandskollegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Geschäftsstelle und natürlich bei Ihnen, den Mitgliedern in den Chemieverbänden, den befreundeten Branchen, den uns wohlgesonnenen Funktionsträgern bzw. Mandatsträgern in unseren Ministerien und der Politik sowie allen Freunden der Chemieverbände und unserer Branche.

Herzlichen Dank!

Ihr



Günter von Au
Vorsitzender



Sehr geehrte Damen und Herren,

manchmal muss man sich schon verwundert die Augen reiben angesichts dessen, was hier gerade in Deutschland abläuft. Waren es anfangs Greta Thunberg und die Fridays for Future bewegten Jugendlichen, die seither für das Klima freitags den Unterricht verweigern, so zündete kurz vor der Europawahl die nächste Rakete der Jugendproteste für mehr Klima-

schutz: Der YouTube-Influencer Rezo rief in einem seiner Videos zur „Zerstörung der CDU“ auf.

Ich möchte hier gar nicht auf die eher ungeschickten und – in puncto Meinungsfreiheit – bestenfalls missverständlichen Reaktionen insbesondere der CDU-Spitze eingehen, denn Fakt ist: Ob es uns gefällt oder nicht – das ist die neue mediale Realität und der müssen wir uns stellen. Und das Video ist, insbesondere was die mediale Wirkung auf die Zielgruppe betrifft, einfach verdammt gut gemacht!

Vielleicht ist das ja auch der Grund, warum die politischen Akteure sich parteiübergreifend jetzt nahezu panisch auf das Thema Klimaschutz stürzen. Aber Panik war noch nie ein guter Ratgeber. Selbst die Bundeskanzlerin hat ihre CDU aufgefordert, jetzt nicht die Nerven zu verlieren – hat aber gleichzeitig für den Herbst „disruptive Veränderungen“ in der Klimafrage angekündigt mit den Worten: Es dürfe hier „kein Pillepalle mehr geben“. Seither rätselt die Republik, was damit gemeint sein könnte. Gleichzeitig haben junge Umweltaktivisten am Kanzleramt ein „Klimaprotestcamp“ errichtet und den Klimanotstand ausgerufen ... das alles und – bis dieser „oldschool“ Jahresbericht gedruckt und verteilt ist – sicher noch viel mehr zu verfolgen auf Twitter unter #we4future.

Nun ist es natürlich einfacher, mittels der offenbar direkt bevorstehenden Apokalypse Maximalforderungen zu stellen, wenn man für die damit einhergehenden Kollateralschäden z. B. bei Arbeitsplätzen, Wohlstand und sozialem Frieden in der Gegenwart nicht in der Verantwortung steht und sich nicht täglich für ein funktionierendes komplexes Staatsgebilde, das nicht nur aus Klimafragen besteht, vor der kritischen Öffentlichkeit rechtfertigen muss. Wer ernst genommen werden will, muss aber auch auf diese Fragen antworten können.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Beim Klimaschutz geht es auch für uns schon lange nicht mehr um das „Ob“. Aber angesichts von 2 % CO₂-Anteil Deutschlands am Weltklima und den gegenläufigen Entwicklungen in vielen Ländern wie z. B. den USA (15 %) oder China (28 %) ist die Frage nach dem „Wie“ mehr als legitim.

» BEIM KLIMASCHUTZ GEHT ES NICHT UM DAS „OB“,
SONDERN UM DAS „WIE“ «

Denn so traurig das klingt: Wir in Deutschland werden das Weltklima allein nicht retten können. Im schlimmsten Fall schaden wir dem Weltklima sogar, wenn wir unsere energieintensive Industrie ins kostengünstigere Ausland mit geringeren Umweltstandards und einer Energieversorgung mit schlechterer CO₂-Bilanz vertreiben. Wenn wir also einen realistischen positiven Beitrag – auch als Vorbild für andere Länder – für das Weltklima leisten wollen, dann ist in Deutschland eine rationale und pragmatische Klimapolitik gefragt – eine Klimapolitik im Sinne unserer Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³, die ökologische Effektivität mit ökonomischer Effizienz und sozialem Ausgleich verbindet und so auch dann noch Akzeptanz bei der eigenen Bevölkerung findet, wenn es um die persönliche Betroffenheit geht.

Wie wichtig und existenziell dabei eine verlässliche Energiepolitik am Industriestandort Deutschland und Bayern nicht zuletzt für den Schutz unseres Klimas ist, haben wir in einem eigenen Kapitel beschrieben. An dieser Stelle deshalb nur soviel: Ohne Chemie kein Klimaschutz! Die chemisch-pharmazeutische Industrie liefert als „Zukunfts- und Lösungsindustrie“ bereits jetzt die Basis für nachhaltigen Klimaschutz und für die Energiewende – vom Solarstrom (Polysilizium) über Windenergie (Kunststoff-Verbundwerkstoffe) bis zur Speichertechnologie (Batterietechnologie, Power-to-X). Hinzu kommt ihr Lösungsbeitrag zu

vielen anderen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft, wie z. B. Digitalisierung (Silizium), (Elektro-)Mobilität, Werkstofftechnik, Kunststoff-Leichtbau, Ernährung und Gesundheit.

»DIE CHEMISCHE INDUSTRIE IST DIE „ZUKUNFTS- UND LÖSUNGSINDUSTRIE“ – SIE LIEFERT BEREITS JETZT DIE BASIS FÜR NACHHALTIGEN KLIMASCHUTZ UND FÜR DIE ENERGIEWENDE«

Dabei hat sich die chemisch-pharmazeutische Industrie seit vielen Jahren selbst zu Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz über die hohen europäischen Standards hinaus verpflichtet. Dafür stehen die Nachhaltigkeitsinitiativen „Responsible Care“ zum Schutz von Mensch und Umwelt sowie „Chemie³“ mit den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie und Soziales.

Um dies alles leisten zu können, ist die chemisch-pharmazeutische Industrie aber aufgrund ihrer Produktionsprozesse in vielen Bereichen auf eine sichere, grundlastfähige Energieversorgung rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr unterbrechungsfrei zu international wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen!

Fehlt auch nur eine dieser Voraussetzungen, so droht nicht nur ein Abwandern von innovativer Spitzentechnologie und damit der Verlust hochattraktiver, gut bezahlter Industriearbeitsplätze. Auch dem Klimaschutz wird dann ein Bärendienst erwiesen.

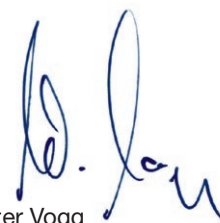
»DAS „ST. FLORIANSPRINZIP“ SCHADET DEM WELTKLIMA – WIR BRAUCHEN LÖSUNGEN MIT UND FÜR DIE INDUSTRIE IN UNSEREM LAND UND NICHT GEGEN SIE!«

Denn wenn unsere Produkte mit oft weit weniger effizienten Prozessen, deutlich höherem spezifischem Energie- bzw. Stromeinsatz, geringeren Umweltstandards und höherem CO₂-Ausstoß (z. B. mit Kohlestrom) im Ausland produziert werden, dann mögen einige nach dem „St. Floriansprinzip“ in Deutschland ein gutes Gewissen haben. Dem Weltklima ist damit sicher nicht gedient, von den wirtschaftlichen und sozialen Kollateralschäden für unser Land einmal ganz zu schweigen. Was wir aktuell bei der deutschen Energiepolitik erleben, ist, dass die Rahmenbedingungen für eine sichere Stromversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen mit dem Ausstieg aus Kernkraft und

Kohle Stück für Stück beseitigt werden, ohne auch nur annähernd einen belastbaren Ersatz bieten zu können – ganz im Gegenteil. Wenn wir aber zu Recht über Klimaschutz in unserem Land sprechen, dann muss es Lösungen mit der Industrie und nicht gegen sie geben. Nur so können wir Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern langfristig sichern. Nur so kann die chemisch-pharmazeutische Industrie ihren Lösungsbeitrag für eine nachhaltige Wirtschaft und für Klima- und Umweltschutz mit den hohen europäischen Standards leisten und sich nicht von Wettbewerbern außerhalb Europas (z. B. China) mit deutlich schlechterer CO₂-Bilanz verdrängen lassen.

Es gäbe hier noch so viel Wichtiges zu sagen: zum Beispiel zur aktuellen Diskussion um die richtige Industriepolitik und zum Stellenwert des einzigartigen deutschen Mittelstandes, zu den besonderen Wertschöpfungsketten und zur Rolle der Dualen Ausbildung. Oder zur Digitalisierung und den erforderlichen Weichenstellungen. Oder zum gesellschaftlichen Wunschkonzert bei der Sozial- und Tarifpolitik und der wahltaktischen Verteilungsoffensive. Leider hat auch in diesem Vorwort die Klima- und Energiepolitik alles überlagert. Fast wie im richtigen Leben ...

Ich möchte Sie daher auf die folgenden Kapitel unseres Jahresberichts und für weitergehende Informationen auf die eingefügten QR-Codes verweisen. Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit wie immer meinen herzlichen Dank aussprechen an unsere Mitgliedsunternehmen und an Sie alle für Ihr Vertrauen, Ihre Unterstützung und Ihre Mitwirkung in den verschiedensten Gremien unserer Verbände. Unsere erfolgreiche Arbeit basiert entscheidend auf Ihrer Erfahrung, die Sie mit uns teilen, und auf der konstruktiven Zusammenarbeit bei der Verfolgung unserer gemeinsamen Ziele.

Ihr 

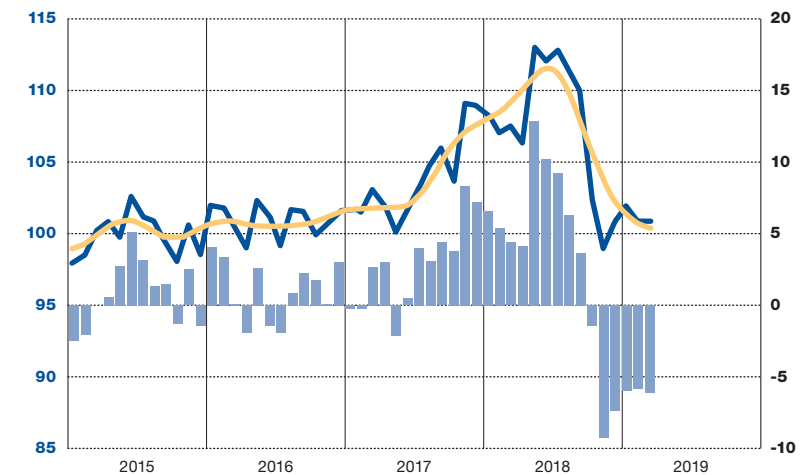
Walter Vogt
Hauptgeschäftsführer

Wirtschaftliche Lage

Das Jahr 2018 war insgesamt ein positives Jahr. Schon im letzten Quartal 2018 gab es allerdings einen deutlichen Einbruch und in der ersten Jahreshälfte 2019 gab es nochmals einen Rückgang der Aufträge für die deutsche Industrie.

Produktion

Arbeitsmäßig-/saisonbereinigt und Trend, 2015 = 100, Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent



Quelle: VCI 2019

» 2018 WAR KEIN SEHR GUTES, ABER EIN GUTES JAHR «

Die Produktion der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Deutschland stieg 2018 um 3,6 % – das ist deutlich mehr als im Jahr 2017 (2,9 %). Die Unternehmen konnten die Preise anheben und der Branchenumsatz in Deutschland übertraf erstmals die Marke von 200 Mrd. EUR (+ 3,8 %). Und auch die Beschäftigung nahm mit 2 % auf 462.000 Mitarbeiter zu.

Die Tücke steckt, wie so oft, im Detail. Betrachtet man die Produktion der Chemie allein – also ohne Pharma – so ging sie sogar um 2,2 % zurück (vgl. ganze Branche inkl. Pharma + 3,6 %). Es gab einen sehr positiven Sondereffekt in der Pharmabranche mit einem Produktionszuwachs von 17 % (außerhalb Bayerns)!

Dieser Effekt hat sich mittlerweile verflüchtigt. Bei differenzierter Betrachtung war das Jahr 2018 für die Unternehmen der Chemiebranche gut, aber nicht sehr gut.

Mit Blick auf die Zahlen des letzten Quartals 2018 erkennt man deutlich, dass sich die Kurven für Produktion (s. Grafik) und Umsatz schon Ende 2018 nach unten bewegt haben und sich diese Entwicklung in 2019 (abgemildert) fortgesetzt hat.

Folgerichtig wurden die Prognosen für 2019 – eine nach der anderen – zum Teil sogar sehr deutlich nach unten korrigiert. Die Stimmung ist entsprechend „deutlich eingetrübt“.

»DIE BRANCHE ERWARTET EIN SCHWIERIGES JAHR 2019«

Die Industrie in Deutschland und Europa befindet sich auf dem Weg in einen Abschwung. Nicht nur die Automobilindustrie – eine unserer wichtigsten Abnehmerbranchen – auch andere drosseln die Produktion.

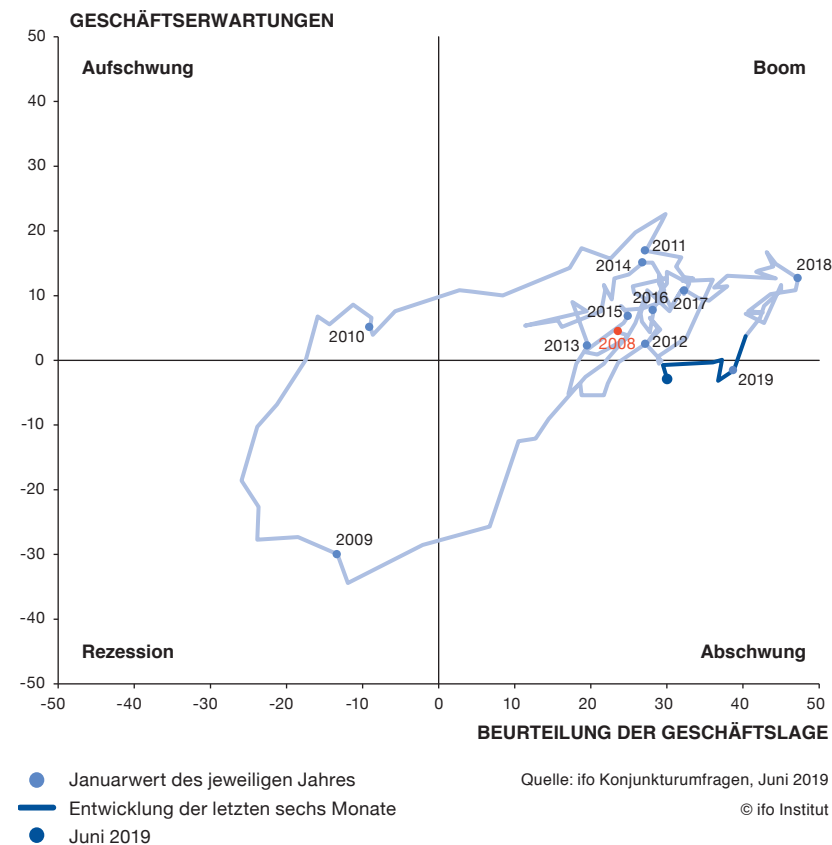
On top kommen die Sorgen für das wirtschaftspolitische Umfeld: die Schuldenkrise in Europa und die Rezession in Italien (Die EU-Kommission droht Italien gerade mit einem Strafverfahren wegen zu hoher Staatsverschuldung.), das Drama rund um den Brexit, Handelskonflikte mit den USA bzw. zwischen den USA und China sowie die deutlich schwindende Dynamik in China.

In Bayern ist für die Branche in 2018 ein Umsatzwachstum von 2,9 % zu verzeichnen. Grundstoffe, Pharma und Kunststoffe tragen hier besonders zum Wachstum bei. Der Anstieg in der Beschäftigung liegt in Bayern mit 3 % noch deutlich über dem Zuwachs in Deutschland insgesamt (2 %).

Die jüngste Konjunkturuhr des ifo-Instituts veranschaulicht die konjunkturelle Entwicklung eindrücklich. Sowohl die Lage als auch die Erwartungen verschlechtern sich gerade. Die Branche erwartet ein schwieriges Jahr.

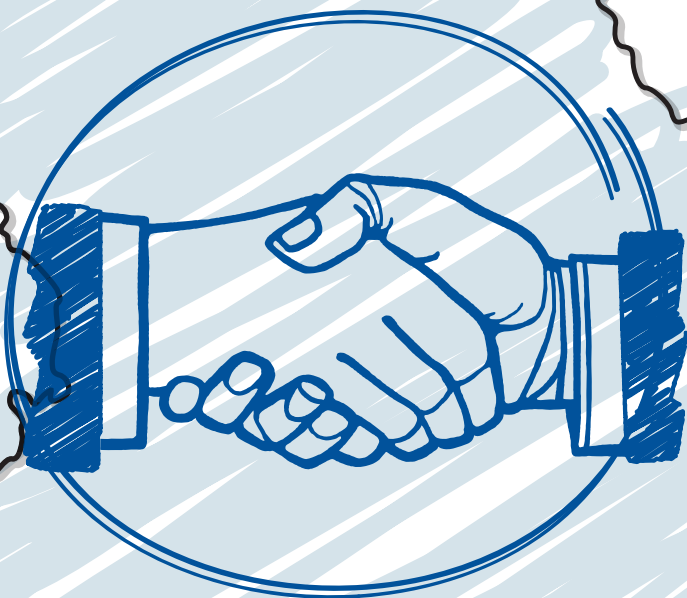
ifo Konjunkturuhr Deutschland*

Salden, saisonbereinigt



* Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe

Die Volkswirte im VCI rechnen daher für 2019 mit einem Umsatzrückgang von 2,5 % auf wieder unter 200 Mrd. EUR (auf 198,5 Mrd. EUR). Die Produktion wird auf einem um 3,5 % niedrigeren Niveau erwartet (Preissteigerungen von 1 %).



Zeit für „Wünsch-Dir-Was“ ??

Aus unserem letzten Tarifabschluss, der noch massiv unter dem Eindruck der Rekordergebnisse in der Chemie- und Pharmaindustrie sowie der sehr hohen Abschlüsse vieler anderer Branchen gestanden hat, ist aktuell noch ein Verhandlungspunkt offen: die sogenannte „Roadmap Arbeit 4.0“.

Bei der Roadmap Arbeit 4.0 geht es darum, angesichts des demografischen Wandels und der zunehmenden Digitalisierung auch die Arbeitswelt unserer Branche zukunftsfähig, attraktiv und damit wettbewerbsfähig zu gestalten, ohne dabei vorschnelle und zu einfache Antworten auf die teilweise noch unklaren, komplexen Veränderungen in den Unternehmen zu geben. Dabei nimmt die Digitalisierung immer mehr an Fahrt auf.

Wir erleben bereits heute den Einsatz neuer Technologien sowie beschleunigte Veränderungsprozesse und sehen oder erwarten neue Arbeitsstrukturen, Berufsfelder und Tätigkeiten. Und die Zukunft hat hier gerade erst begonnen. Werden dabei auch Arbeitsplätze wegfallen? Ja, auch das wird sich bei derart fundamentalen Veränderungen nicht ganz vermeiden lassen. Das war in der Vergangenheit nicht anders und wir sollten davor nicht die Augen verschließen. Aber es werden auch neue Arbeitsplätze entstehen, allerdings oft mit neuem Qualifikationsprofil.

»DIE DIGITALISIERUNG UND DER DEMOGRAFISCHE WANDEL, ABER AUCH GESELLSCHAFTLICHE VERÄNDERUNGEN BERGEN EINE VIELZAHL VON HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN«

Hinzu kommen gesellschaftliche Veränderungen – geänderte Lebensentwürfe der Beschäftigten, der Wunsch nach mehr Zeit für Freunde und Familie oder z. B. auch ein steigender Bedarf an Pflege von Eltern und Verwandten in einer immer älter werdenden Gesellschaft. Alles Gründe für den wachsenden Wunsch vieler Arbeitnehmer nach mehr Zeitsouveränität und variablen Arbeitszeiten. Und wäre dies an Herausforderung für die Unternehmen nicht bereits genug, so erschwert die demografische Entwicklung und ein damit einhergehender struktureller Fachkräftemangel das Sicherstellen des bedarfsgerechten Arbeitsvolumens und erhöht die Gefahr zunehmender Arbeitsverdichtung, die wiederum von der Belegschaft beklagt wird. Aufgrund der sich derart verändernden Rahmenbedingungen haben es sich die Chemie-Tarifvertragsparteien mit der „Roadmap Arbeit 4.0“ zum Ziel gesetzt,

primär für die Themenkomplexe „Zeitsouveränität“, „Arbeitsvolumen“ und „Qualifizierung“ nach Lösungen zu suchen. Und auch wir haben uns in einem Workshop mit Vertretern unserer Mitgliedsunternehmen intensiv damit befasst. Ausgangspunkt waren hier zunächst die Fragen: Welche Gestaltungsoptionen halten die bestehenden tariflichen Regelungen schon bereit, wo besteht Optimierungsbedarf und wo braucht es zusätzliche, neue tarifliche Regelungen, um den genannten Themenkomplexen gerecht zu werden?

Das Ergebnis: Die hochinnovativen Tarifverträge der chemischen Industrie mit ihren Öffnungsklauseln, Flexibilisierungsinstrumenten und Regelungsoptionen liefern neben zahlreichen gesetzlichen Ansprüchen und betrieblichen Regelungen bereits heute eine Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten für die neuen Herausforderungen. Zusätzliche Komplexität ohne Mehrwert ist im Hinblick auf die praktische Umsetzbarkeit tunlichst zu vermeiden.

Was die viel diskutierte und in zahlreichen Tarifabschlüssen anderer Branchen verankerte Wahlmöglichkeit „Zeit gegen Geld“ betrifft, ist die Haltung unserer Unternehmen klar: Einen einseitigen tariflichen Rechtsanspruch ohne Rücksicht auf die betrieblichen Belange darf es hier nicht geben!

» DAS EINSEITIGE DURCHSETZEN VON ANSPRÜCHEN – KONFRONTATION STATT KOOPERATION – OHNE RÜCKSICHT AUF DIE ERFÜLLBARKEIT KANN NICHT DIE LÖSUNG SEIN «

Die einseitige Durchsetzung von Ansprüchen ohne Rücksicht darauf, ob der Partner diese auch erfüllen kann, würde den bisher gepflegten sozialpartnerschaftlichen Prinzipien unserer Branche vollkommen widersprechen. Konfrontation statt Kooperation war bisher nicht unser Stil und sollte es auch nicht werden! Die Vergangenheit hat zudem gezeigt, dass viele Unternehmen aus unterschiedlichsten Gründen bereits heute schon viele partnerschaftliche Lösungen anbieten, die den Wünschen und Bedürfnissen der Mitarbeiter Rechnung tragen – wenn dies betrieblich sinnvoll und machbar ist. Entscheidend ist, dass das benötigte Arbeitsvolumen in quantitativer und qualitativer Hinsicht im gleichen Bereich erhalten bleibt. In der Praxis ist die Umsetzung oft schwierig genug, wenn externer Ersatz in der erforderlichen Quantität und Qualität aufgrund des aktuellen Fachkräftemangels nur schwer zu erhalten ist, externe Flexibilisierungsinstrumente wie Zeitarbeit und Befristungen immer mehr eingeschränkt und in Frage gestellt werden, interner Ersatz durch Mitarbeiter, die länger arbeiten wollen, kaum noch zu finden ist und dadurch die ebenfalls beklagte Arbeitsverdichtung und Belastung der verbleibenden

Mitarbeiter im Zweifel sogar noch weiter zunimmt. Wie sich das alles dann auf den Betriebsfrieden und auf die Motivation derer auswirkt, an denen die Arbeit – die ja gemacht werden muss – letztlich hängen bleibt, kann sich jeder lebhaft vorstellen. Auch daran müssen die Unternehmen denken.

Es wird sich zeigen, ob unsere Branche bereit ist, sich der allgemeinen tariflichen Entwicklung hier ein Stück weit zu entziehen und ihren eigenen Weg zu gehen oder ob auch wir dem aktuellen, nicht zuletzt auch wohlstandsgetriebenen gesellschaftlichen „Wunsch Dir Was“ nicht entkommen können oder wollen. Die aktuelle Forderungsempfehlung der IG BCE nährt hier starke Zweifel und wirft viele Fragen auf. Denn andere Entwicklungen scheinen wir – erfolgsverwöhnt – in der Tarifpolitik bisher aus unserem Bewusstsein nahezu völlig auszublenden: die sich dramatisch verändernde internationale Wettbewerbssituation (Stichworte „Trump“ und „China“), den steigenden Kostendruck, teure Investitionen zur Standortsicherung für verstärkten Klima- und Umweltschutz (Decarbonisierung, Kreislaufwirtschaft) sowie die Digitalisierung. Nicht zu vergessen die massiven strukturellen Veränderungen in der deutschen Leitindustrie Fahrzeugbau, deren Folgen auch für unsere Branche und die sich immer stärker manifestierende konjunkturelle Abschwächung.

» WIR DÜRFEN BEI UNSEREM OFT WOHLSTANDSGETRIEBENEN „WUNSCH DIR WAS“ NICHT ÜBERS ZIEL HINAUSSCHIESSEN! «

Wichtig ist daher, dass wir mit all unseren schönen Wünschen nicht übers Ziel hinausschießen. Denn die Folgen der sich abzeichnenden strukturellen Veränderungen werden uns sonst angesichts der Wucht und der Geschwindigkeit, mit der unsere Wettbewerber insbesondere in Asien aufholen, früher und härter treffen, als uns lieb ist. Hier lohnt vielleicht ein Blick zurück. Auch wenn es schon damals von vielen als Provokation empfunden wurde, ist das folgende Zitat wohl aktueller denn je:

„Immer kürzere Arbeitszeit bei steigenden Lohnkosten, immer mehr Urlaub: Das ist keine Voraussetzung für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Wir haben in Deutschland im Durchschnitt sechs Wochen Urlaub und zwölf Feiertage pro Jahr. Bei der wöchentlichen Arbeitszeit liegen wir gleichzeitig mit durchschnittlich 37,5 Stunden niedriger als alle unsere Konkurrenten. Dennoch scheint es für viele nichts Wichtigeres zu geben, als über mehr Freizeit nachzudenken. Wir können die Zukunft nicht dadurch sichern, dass wir unser Land als einen kollektiven Freizeitpark organisieren.“ (Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung am 21. Oktober 1993).

„Den Motor am Laufen halten“

Die fetten Jahre liegen hinter uns. Noch beträgt die Arbeitslosenquote in Bayern nur 2,8 %, die geringste im Bundesgebiet. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten soll nach den Prognosen des IAB in Bayern um rund 131.000 auf 5,73 Mio. Personen ansteigen. Dies bedeutet einen Zuwachs um 2,3 % gegenüber dem letzten Jahr. Aber: Das noch im September 2018 prognostizierte Wirtschaftswachstum von 1,8 % wurde zwischenzeitlich auf 0,5 % nach unten korrigiert. Rasante technologische Umbrüche, tiefgreifende globale Marktverschiebungen und weltweite konjunkturelle Unsicherheiten sind zu bestehen und zu bewältigen. Die Gefahr einer Rezession wächst. Hinzu kommt der demografische Wandel in Deutschland. Wie reagiert hierauf die Politik?

»DEUTSCHLAND BRAUCHT MEHR BEWEGUNG UND
VOR ALLEM MEHR ZUKUNTSORIENTIERUNG«

Anstatt hier die richtigen Akzente zu setzen, geht die Politik des Umverteilens weiter, die Bürokratie für die Unternehmen wächst. Die Politik schafft Ansprüche für Beschäftigte und wälzt die Lasten auf die Unternehmen ab. Gerade in konjunkturell angespannten Zeiten zeigt sich, dass für die Wirtschaft auch im sozialen Bereich nichts erreicht wurde, sondern sich die Bedingungen vielmehr verschlechtern.

Ein kurzer Blick zurück

Entgelttransparenzgesetz und Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) haben in den Unternehmen im letzten Jahr zu immensem bürokratischem Implementierungsaufwand und zusätzlichen Kosten geführt. Der Nutzen ist fraglich. Erste Ergebnisse der Evaluierung des Entgelttransparenzgesetzes zeigen nur einzelne Anwendungsfälle auf und belegen, dass das Entgeltgleichheitsgebot in Deutschlands Betrieben eingehalten wird. Die DS-GVO hat zu Rechtsunsicherheit und Verwirrung geführt und schränkt die Unternehmen in ihrer Handlungsfreiheit ein.

Der Schön-Wetter-Koalitionsvertrag ignoriert die aufziehenden Unwetter. Viele Beschlüsse der Großen Koalition sind wirtschaftlich unvernünftig, weil sie Flexibilität einengen und ein Mehr an Belastung und Regulierung bedeuten. Das gefährdet Arbeitsplätze. Die Gesetzgebungspakete der Großen Koalition

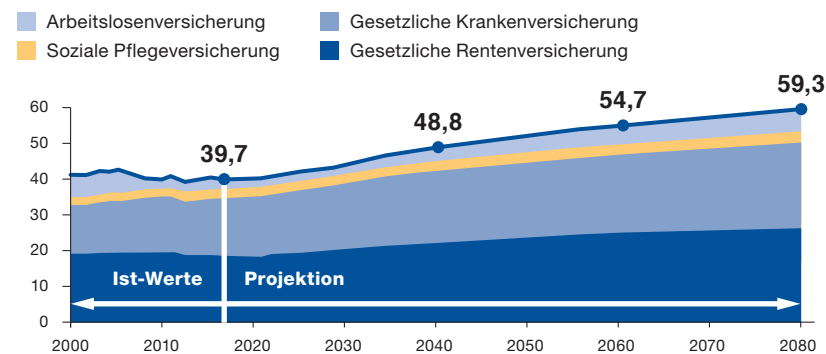
in den letzten Jahren (u.a. Rente mit 63, Mütterrente I und II, doppelte Halte-
linie) haben die gesetzliche Rentenversicherung mit einer „Generationen-un-
gerechten“ Politik und mit massiven Leistungsausweitungen auf Kosten der
Beitragszahler belastet. Zwar wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversi-
cherung von 3 % auf 2,5 % gesenkt, jedoch sind insgesamt die Belastungen
der Arbeitgeber durch die Beitragssteigerung in der Pflegeversicherung und
die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenkassen-
beiträge gestiegen. Bei der Entscheidung für die Rückkehr zur paritätischen
Beitragsfinanzierung wurde ausgeblendet, dass die Arbeitgeber durch die
vollständige Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall seit langem bereits den grö-
ßeren Teil der Gesundheitskosten tragen.

»EINE EXPANSIVE SOZIALPOLITIK SCHADET SOWOHL ARBEITNEHMERN ALS AUCH ARBEITGEBERN«

Die Vorschläge zu Grundsicherung, Pflege und Grundrente der von der SPD
geführten Ministerien kennen mittlerweile weder Maß noch Vernunft. So ist
der jüngste Vorschlag zur Grundrente nicht nur ungerecht, weil die Grundren-
te die neuen Leistungen an fragwürdige Kriterien statt an Bedürftigkeit knüpft,
sondern auch unsystematisch, weil die Grundrente das Prinzip von Leistung
und Gegenleistung im bestehenden System aushöhlt. Und sie ist teuer, da sie
keinen zielgenauen Beitrag gegen Altersarmut leistet. So droht bereits jetzt
bei den bisher umgesetzten Maßnahmen ein Anstieg der Beitragssätze in der
Sozialversicherung bis 2060 auf fast 55 % des Bruttoentgelts.

Beitragssätze zur Sozialversicherung

in Prozent der beitragspflichtigen Einkommen



Quelle: Bertelsmann-Stiftung (von 2017 an Projektion) / F.A.Z.-Grafik fbr.

In der Spur bleiben

Soziale Sicherheit

Die Finanzierung aller Sozialleistungen kostet heute bereits über eine Billion
Euro jährlich. Drei von zehn Euro, die in Deutschland erarbeitet werden, flie-
ßen in die soziale Sicherung, Fürsorge oder Förderung. Die Arbeitgeberbei-
träge und die Leistungen der Betriebe finanzieren zusammen 34 % dieses
Sozialbudgets; hinzu kommt der durch Unternehmen aufgebrauchte Anteil
an den 33 Prozent, die aus Steuern finanziert werden. Demografische Ent-
wicklung, Digitalisierung, sich ändernde Lebensentwürfe und Erwerbsformen
sowie die notwendige Fachkräftezuwanderung werden die Sozialsysteme in
den nächsten Jahrzehnten vor massive Herausforderungen stellen. Zentral
für die zukünftige Akzeptanz des Sozialstaats aus der Perspektive der Steuer-
bzw. Beitragszahler und der Leistungsempfänger ist eine größere Trans-
parenz der Systeme und ihrer Wirkungen. Erwerbstätigkeit muss durch die
Gestaltung des Sozialsystems gefördert werden und sich individuell lohnen.
Bei einem steigenden Beitragssatz werden „Ausweichstrategien“ wie andere
Erwerbsformen oder Produktionsstandorte jenseits der hiesigen Sozialversi-
cherung immer attraktiver.

Der Beitragssatz darf deshalb mittel- und langfristig nicht übermäßig steigen.
Wir brauchen eine dauerhafte Begrenzung für die Sozialversicherungsbeiträ-
ge auf insgesamt 40 %. Jede Steigerung verschlechtert die Wettbewerbs-
fähigkeit, bedroht Beschäftigung und erhöht so das Risiko von Altersarmut.
Hier helfen keine Haltelinien für das Rentenniveau, sondern eine hohe Be-
schäftigungsquote, gute (Weiter-)Bildungspolitik, gezielte Zuwanderung so-
wie Attraktivitätssteigerungen der kapitalgedeckten Vorsorge, insbesondere
der betrieblichen Altersversorgung. Gerade bei der Frage der Doppelverbei-
tragung von Leistungen der betrieblichen Altersversorgung setzen sich die
Chemie-Arbeitgeber zur Steigerung der Attraktivität der betrieblichen Al-
tersversorgung weiterhin für eine Abschaffung der „echten“ und „gefühlten“
doppelten Verbeitragung ein.

Arbeitsrecht

Die moderne Arbeitswelt verlangt ein modernes und flexibles Arbeitsrecht.
Das Arbeitsrecht steht vor den Herausforderungen „Digitalisierung“, „Glo-
balisierung“, „Individualisierung“, „konjunkturelle Unsicherheiten“ und „Stär-
kung der Tarifautonomie“. Das Arbeitsrecht ist ein wichtiger Bestandteil der
Sozialen Marktwirtschaft. Es soll dazu dienen, dass Unternehmen ihre wirt-

schaftlichen Möglichkeiten umsetzen und die Arbeitnehmer ihre Bedürfnisse hinsichtlich Arbeitszeit und Arbeitsort verwirklichen können. Ist dies nicht der Fall, wird der Zweck des Arbeitsrechts konterkariert. Das traditionelle Arbeitsverhältnis wird es auch künftig noch geben, es wird jedoch mit der fortschreitenden technischen und gesellschaftlichen Entwicklung mehr Konkurrenz erhalten. Für Unternehmen und ihre Mitarbeiter können die Entkoppelung von Arbeitszeit und Arbeitsentgelt oder das Arbeiten in der Cloud eine Erleichterung darstellen, die für alle Seiten Vorteile mit sich bringt. Vorschriften des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes, die diese modernen Varianten des Mitarbeiterinsatzes nicht im Blick haben, erschweren die Etablierung moderner Beschäftigungsformen jedoch.

» WIR BRAUCHEN MEHR WIRTSCHAFT UND WENIGER WOHLFAHRTSSTAAT UND WÜNSCH-DIR-WAS-POLITIK «

Bislang ist noch nicht erkennbar, dass die Politik die Zeichen der Zeit erkannt hat. Im Gegenteil: Das Gesetz zur Brückenteilzeit zum 01.01.2019 und damit die Einführung einer befristeten Teilzeit schafft vor allem neue organisatorische Herausforderungen für Arbeitgeber. Dabei gibt es bereits zahlreiche gesetzliche und tarifvertragliche Ansprüche auf befristete Teilzeit. Auch die im Koalitionsvertrag angekündigte Einschränkung der sachgrundlosen Befristung ist rückwärtsgewandt und für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber schädlich. Die Bundesregierung sollte die erwogenen Beschränkungen grundsätzlich überdenken und auf sie verzichten. Ein Belastungsmoratorium für den Faktor Arbeit ist unverzichtbar.

» SACHGRUNDLOSE BEFRISTUNGEN SIND EIN ZENTRALER BESTANDTEIL DES FUNKTIONIERENDEN UND WETTBEWERBSFÄHIGEN DEUTSCHEN ARBEITSMARKTS «

Statt der vorgesehenen Beschränkungen müssen in Zeiten konjunktureller Unsicherheiten vielmehr weitere Schritte hin zu einem anpassungsfähigeren Befristungsrecht gegangen werden, um auf sich verändernde Rahmenbedingungen und Auftragsschwankungen flexibel reagieren zu können.

Die Arbeitszeiten sind an die Herausforderungen der digitalisierten Arbeitswelt anzupassen. Seit mehr als zwei Jahren sagt die Politik zu, sich dieses Themas anzunehmen. Passiert ist bislang nichts. Dabei ist es höchste Zeit für

eine neue Arbeitszeit. Automatisierung, Big Data und Künstliche Intelligenz entwickeln sich rasant. Für den Erfolg unserer Volkswirtschaft wird es entscheidend sein, mit diesem Tempo mitzuhalten. Der Wandel wartet nicht darauf, bis wir uns angepasst haben. Im Gegenteil: Entwicklungen zu antizipieren und die Weichen richtig zu stellen, ist eine Aufgabe für Unternehmen und Politik gleichermaßen. Nur die Bereitschaft zur Veränderung angesichts einer sich verändernden Welt kann Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung sichern. Flexibilität ist für Arbeitgeber und Beschäftigte gewinnbringend, wenn Freiräume verantwortungsbewusst und mit Rücksicht auf unterschiedliche Bedarfe genutzt werden. Die Sozialpartner wissen genau, welche Spielräume für Beschäftigte und Unternehmen notwendig sind, um die digitale Arbeitswelt in der jeweiligen Branche und in den betroffenen Betrieben zu gestalten – verantwortungsvoll und zum Wohle aller Betroffenen. Durch Leitplanken in gesetzlichen Regelungen können beide Seiten dabei unterstützt werden.

» FLEXIBEL ARBEITEN HEISST NICHT WENIGER ARBEITEN «

Die gesetzlichen Grundlagen dürfen nicht weiter zementiert und ausgeweitet, sondern müssen modernisiert und geöffnet werden. Die Höhe und das Volumen der Arbeitszeit sollten durch die Tarifvertragsparteien stärker und konsequenter als bisher auf die betriebliche oder individualvertragliche Ebene verlagert werden. Die werktägliche Höchstarbeitszeit ist durch eine wöchentliche zu ersetzen. Die Ruhezeiten sind zu flexibilisieren. Die neuesten Urteile des EuGH und des BAG zu Aufzeichnungspflichten und Reisezeiten verschärfen das Thema Arbeitszeit weiter. Die Arbeitswelt 4.0 und die Stechuhr aus der Arbeitswelt 1.0 passen nicht zusammen. Das Urteil des EuGH zur Arbeitszeiterfassung stellt einen eklatanten Rückschritt dar. In der Ära von New Work sollten Ergebnisse, Eigenverantwortung der Arbeitnehmer, Vertrauen, Respekt vor Schichtdienst und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes im Vordergrund stehen und nicht das Messen von Anwesenheit. Bei der Umsetzung des EuGH-Urteils werden wir darauf achten, dass der deutsche Gesetzgeber keine weiteren Restriktionen für die Arbeitgeber einführt, sondern sich ausschließlich auf die Vorgaben des Urteils beschränkt.

Vor dem Hintergrund, das Arbeitsrecht zu modernisieren, ist die weitere Diskussion über die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Mobiles Arbeiten in höchstem Maße künstlich und überflüssig. Die beiderseitige Motivation, Mobiles Arbeiten und Homeoffice dort einzusetzen, wo es möglich und sinnvoll

ist und wo es die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben erleichtert, würde durch einen starren Rechtsanspruch beseitigt. Solche Rechtsansprüche drohen, zu einer Spaltung der Belegschaft zu führen, da nicht alle Beschäftigten einen Rechtsanspruch nutzen können, wie etwa Schichtarbeitnehmer oder Pflegekräfte. Auch Verwerfungen am Arbeitsmarkt können ausgelöst werden: Arbeitgeber, die schon heute erhebliche Schwierigkeiten haben, Fachkräfte zu rekrutieren, werden in diesem Bemühen zusätzlich behindert, wenn sich Berufsanwärter – motiviert durch einen Rechtsanspruch auf Mobiles Arbeiten – eher für Beschäftigungen entscheiden, die dies ermöglichen.

Europäische Sozialpolitik

Gemeinsam haben die Länder, Unternehmen und Bürger Europas die Europäische Union geschaffen – eine Leistung, auf die wir wahrlich stolz sein können. Dadurch wurde die europäische Lebensweise möglich, den Europäern wurde Wohlstand durch den Binnenmarkt gebracht und die Länder Europas hatten die Möglichkeit, die Beziehungen des Kontinents zum Rest der Welt zu stärken. Aber die Welt verändert sich schnell und tiefgreifend.

So sieht sich die Europäische Union aktuell mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Von den Folgen der Finanzkrise – die in einigen Ländern des Euroraums immer noch deutlich zu spüren sind – über die Bewältigung des Zustroms an Flüchtlingen bis hin zum Brexit-Votum gilt: Es müssen Lösungen gefunden werden, um den Zusammenhalt der Mitgliedsstaaten zu stärken und dem Projekt Europa neuen Auftrieb zu geben.

»EINE AUSWEITUNG DER EU-SOZIALPOLITIK IST KONTRAPRODUKTIV«

Der scheidende EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte hierzu den Fokus auf die Stärkung der sozialen Dimension Europas gesetzt. Durch eine Vielzahl von Initiativen und Richtlinien wurde die Sozialpolitik ausgebaut, um den Rückhalt in der Bevölkerung gegenüber der EU zu kräftigen. Prominentestes Beispiel ist die „Europäische Säule Sozialer Rechte“, die zunächst mit Fokus auf die Eurozone Grundsätze der Sozial- und Beschäftigungspolitik definieren und eine schrittweise Angleichung der Standards innerhalb der EU vorantreiben soll.

Wir sehen diese Entwicklung kritisch und fordern die nächste EU-Kommission dazu auf, eine Kurskorrektur vorzunehmen: Gefragt sind schnelle Lösun-

gen bei bürokratischen und hemmenden Verfahren wie z. B. der A1-Bescheinigung und Meldepflichten bei Dienstreisen in das europäische Ausland. Die EU hat in der Sozialpolitik kaum Kompetenzen. Nach dem Subsidiaritätsgrundsatz liegt die Verantwortung für diesen Aufgabenbereich bei den einzelnen Mitgliedsländern. Zudem ist das Niveau der Sozial- und Beschäftigungsstandards in Europa bereits heute vergleichsweise sehr hoch – eine Notwendigkeit zur weiteren Regulierung besteht daher nicht. Kommt es zu zusätzlichen Vorgaben, drohen Nachteile für europäische Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Dies gilt es zu verhindern, denn eine starke Wirtschaft ist die Basis für ein hohes Wohlstandsniveau – in den einzelnen Mitgliedsstaaten ebenso wie in der EU insgesamt.

Soziale Marktwirtschaft: Freiheit – Leistung – Verantwortung

Die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft ist eine Erfolgsgeschichte, auch in schwierigen Zeiten. Dass der Sozialismus – egal in welcher Ausprägung – zum Scheitern verurteilt ist, hat er hinlänglich bewiesen. Dass im Gegensatz dazu unsere soziale Marktwirtschaft die Erfolgsgeschichte schlechthin ist, scheint aus dem Blick zu geraten. Unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist Garant für wirtschaftlichen Erfolg, Wohlstand und soziale Stabilität. Sie ist eine tragende Säule unseres Gemeinwesens. Deutschland gehört auch wegen der Sozialen Marktwirtschaft heute zu den reichsten Ländern der Welt. Markenzeichen der Sozialen Marktwirtschaft ist das gleichzeitige Streben nach wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Ausgleich. Sie stärkt die Verantwortung des Einzelnen und ermöglicht Solidarität für alle. Sie bejaht Wettbewerb und gibt ihm faire Regeln. Sie funktioniert nur mit klaren gesetzlichen Vorgaben und baut auf Verantwortung und Haftung für das eigene Handeln.

Wir als Arbeitgeberverband sind die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft. Wir müssen weiterhin selbstbewusst über den Erfolg der Sozialpartnerschaft und den Wert der unternehmerischen Freiheit reden. Die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft fortzuschreiben, ist unsere Aufgabe für die Zukunft.

„Den Wohlstand von morgen sichern“

Anfang dieses Jahres präsentierte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier die „Nationale Industriestrategie 2030“. Damit hat die Industriepolitik eine kleine Renaissance erlebt. Und es ist gut, dass in Deutschland wieder über Industriepolitik gesprochen wird. Noch wichtiger wäre aber, dass Industriepolitik endlich stattfindet! Allzu sehr hat man sich an überschäumende Steuermittel gewöhnt und über das eifrige Verteilen von Wohltaten schon fast vergessen, dass eine erfolgreiche Wirtschaft – die Industrie im Besonderen – doch die Basis staatlicher Finanzkraft, ja des Wohlstands an sich ist. Mit Blick auf die sich abkühlende Konjunktur und das zunehmend schwierige wettbewerbliche Umfeld ist es überfällig, dass die Politik wirtschaftspolitische Fragen wieder in den Fokus rückt.

»ES IST GUT, DASS IN DEUTSCHLAND WIEDER ÜBER
INDUSTRIEPOLITIK GESPROCHEN WIRD – UND HÖCHSTE
ZEIT, DANACH ZU HANDELN!«

Es ist also höchste Zeit, eine neue industriepolitische Ära einzuläuten – dafür sollte sich die deutsche Politik aber hinsichtlich einer Industriestrategie erst einmal selbst hinterfragen: Was wurde in den letzten Jahren getan, um die Rahmenbedingungen hierzulande für den wirtschaftlichen Erfolg der Zukunft zu gestalten? Der folgende Blick in die verschiedenen industriepolitisch relevanten Politikfelder zeigt, dass der Handlungsbedarf enorm ist.

Umweltpolitik

Ein umfassender Rechtsrahmen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine wichtige und gute Errungenschaft. Umweltrecht ist aber noch weit mehr. Es definiert die Leitplanken dafür, in welcher Weise das Wirtschaften, z. B. industrielle Produktion, mit Blick auf die Umweltpersistenz stattfinden darf. Emissionsgrenzwerte, Anwendung des Standes der Technik, anlagensicherheitsrelevante Fragestellungen, etc. werden in Zulassungsverfahren abgeprüft und durch behördliche Überwachungen überprüft. Ein klarer Rechtsrahmen schafft also nicht nur ein hohes Schutzniveau, sondern auch Rechtssicherheit für Vorhabenträger – zumindest sollte er das.

In den letzten Jahren ist festzustellen, dass der Rechtsrahmen zum Selbstzweck wird – Vorgaben, die tatsächlich dem Umweltschutz dienen, rücken in den Hintergrund. Stattdessen entfremdet sich die Rechtssetzung zunehmend vom praktisch Umsetzbaren. Routinemäßige Zulassungsverfahren werden zur Gutachtenschlacht und umfassende Jedermann-Klagebefugnisse führen gleichermaßen zu Unsicherheiten auf Betreiber- wie auch Behördenseite. Die Konsequenz: Genehmigungsverfahren werden zunehmend zum unkalkulierbaren Investitionsrisiko.

» GENEHMIGUNGSVERFAHREN WERDEN ZUNEHMEND ZUM UNKALKULIERBAREN INVESTITIONSRISIKO «

Beispiele für unverhältnismäßige Praxisentfremdung gibt es in der aktuellen Umweltrechtssetzung zuhauf. Sei es die angestrebte Novelle der TA Luft, die mit neuen Bezugsgrundlagen für Irrelevanzprüfungen und Bagatellregelungen sowie schwammigen naturschutzrechtlichen Vorgaben nicht nur Genehmigungsverfahren um Jahre verzögern, sondern auch gleich die Genehmigungsfähigkeit von Vorhaben gänzlich in Frage stellen könnte. Oder sei es der Systemfehler der Wasserrahmenrichtlinie, deren starres Korsett aus Verschlechterungsverbot und Verbesserungsgebot fast jedes Industrievorhaben zum Ausnahmetatbestand machen könnte. Oder auch die Tatsache, dass sich Deutschland den „Luxus“ leistet, die auf EU-Ebene festgelegten Referenzblätter für den Stand der Technik für Industrieemissionen (die sog. BVT-Schlussfolgerungen) viel zu langsam im nationalen Rechtsrahmen umzusetzen. Während Betreiber eine scharfe europarechtliche 4-Jahresfrist für die technische Implementierung in den Anlagen haben, lässt sich der Bundesgesetzgeber regelmäßig mehrere Jahre Zeit, um das deutsche Recht auf Stand zu bringen. Für ausnahmslos keine dieser Vorgaben (!) ist es dem Bundesumweltministerium bislang gelungen, die im BImSchG gesetzlich festgelegte (!) Jahresfrist einzuhalten. Gleichzeitig werden auch Vollzugsbehörden zunehmend mit der Unklarheit der Vorgaben und der Flut der Änderungen alleine gelassen. Die Folge ist ein regelrechter Paradigmenwechsel bei den Genehmigungsbehörden – anstatt eigener behördlicher Bewertungen werden selbst im Rahmen von einfachen Anzeigeverfahren gutachterliche Stellungnahmen eingefordert. Der Vollzug entwickelt sich weg von entscheidungsstarken Vor-Ort-Behörden mit umfassenden Abwägungskompetenzen hin zu einer flächendeckenden Verlagerung der Entscheidungsbasis auf externe Gutachter. Die beschriebenen rechtsunsicheren Vorgaben potenzieren sich

hier zunehmend mit dem Fehlen ausreichender (Personal-)Kapazitäten kompetenter und entscheidungsstarker Ansprechpartner.

» RECHTSSETZUNG UND VOLLZUG MÜSSEN IM UMWELTRECHT WIEDER ZU EINER ERMÖGLICHUNGSKULTUR ZURÜCKFINDEN «

Es müssen also der Bund für die Rechtssetzung genauso wie die Länder für die Ausstattung der Vollzugsbehörden Verantwortung übernehmen und endlich gegensteuern! Das Umweltrecht muss dringend wieder von einer Verhinderungs- zu einer Ermöglichungskultur zurückfinden. Verhältnismäßigkeit, Verständlichkeit, Umsetz- und Vollziehbarkeit müssen stärkeres Gewicht erhalten – effiziente, kostengünstige und rechtssichere Genehmigungsverfahren sind als Standortfaktor ganzheitlich in den Fokus zu nehmen.



„Sustainable Finance“

Besondere Vorsicht ist in der Umweltpolitik auch immer dann geboten, wenn Zielsetzungen über Umwege in anderen Politikfeldern verfolgt werden. So droht über die EU-Finanzpolitik möglicherweise ein industriepolitischer Kahl-schlag ungeahnten Ausmaßes. Mit Hilfe von „Sustainable Finance“ möchte die EU-Kommission „nachhaltige“ Investitionen erleichtern und damit die Kapitalmärkte für umwelt- und klimapolitische Zielsetzungen miteinbeziehen. Der Ansatz ist nicht grundsätzlich falsch – doch wer legt fest, was „nachhaltig“ ist? Kernstück soll hierfür die Einführung eines Klassifizierungssystems (Taxonomie) für nachhaltige – im Wesentlichen ökologische – Investitionen sein. Finanzexperten (?) teilen die Wirtschaft damit in „grün“ und „braun“ oder auch „gut“ und „böse“ ein. Für Unternehmen heißt das dann: gute oder schlechte Konditionen am Finanzmarkt. Pauschalansätze wie die „per se nicht nachhaltige Chlorchemie“ (also auch z. B. die Herstellung von Silizium für Solarzellen) sind nicht weit weg. Zu einfach stellt man energieintensive industrielle Vorprodukte an den Pranger, ohne deren Wert in der Wertschöpfungskette anzuerkennen. Wer eine solch kurzsichtige Finanzpolitik ohne Folgenabschätzung, ganzheitliche Nachhaltigkeitsbetrachtungen oder Einbeziehung der Industrie zulässt, rüttelt nicht weniger als an den Fundamenten unserer Wirtschaftsordnung. Hier ist dringend Vorsicht geboten, damit keine irreversiblen Schäden an industriellen Wertschöpfungsketten entstehen –

und zwar gleichermaßen auf europäischer wie auch nationaler Ebene! Denn auch die Bundesregierung hat bereits eine „Sustainable-Finance-Strategie“ angekündigt.

Innovation

Einen besseren Ansatz für nachhaltige Investitionen in die Zukunft kann stattdessen eine stringente und technologieoffene Innovationspolitik bieten. Als mittlerweile fast letztes der OECD-Länder hat man sich daher zum Glück in Deutschland endlich dazu durchgerungen, Forschung und Entwicklung steuerlich zu unterstützen. Das ist gut und richtig, aber auch überfällig! Deutschland muss hier mit großem Mut vorangehen – weil Innovationsfähigkeit das (einzige) Mittel ist, um sich im internationalen Wettbewerb erfolgreich abzusetzen und die Herausforderungen unserer Zeit nachhaltig zu meistern.

»KLOTZEN STATT KLECKERN – DEUTSCHLAND KANN SICH ZAGHAFTIGKEIT BEI MASSNAHMEN ZUR STÄRKUNG DER INNOVATIONSFÄHIGKEIT NICHT LEISTEN«

Um eine Technologieführerschaft zu erhalten oder zu erlangen, muss Deutschland beim Thema „Steuerliche F&E-Förderung“ daher eher klotzen und nicht kleckern. Der Ansatz, dass die Förderung allen forschenden Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, offen stehen soll, ist daher richtig. Schade ist aber, dass man in Deutschland trotz belegter positiver Wirkungen eines solchen Impulses nur zaghaft vorangeht. Im Vergleich dazu sei Österreich genannt, wo die steuerliche F&E-Förderung aufgrund des Erfolges sogar weiter ausgeweitet wurde! Die Fördereffekte – bei einer Förderung von zurzeit maximal 500.000 Euro je Unternehmen – sind zu gering und könnten somit ggf. sogar verpuffen. Mittelfristig sind deshalb deutlich höhere Anreize gefragt, um die Forschungsaktivitäten der Wirtschaft substanziell zu steigern. Korrekturbedarf am vorliegenden Gesetzentwurf gibt es auch im Bereich der Auftragsforschung. Die steuerliche Begünstigung sollte dem Auftraggeber und nicht, wie derzeit vorgesehen, dem Auftragnehmer zugutekommen. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird nämlich gar kein Anreiz geschaffen, mehr in (Auftrags-)Forschung zu investieren. Hier und bei der Höhe der für Innovation eingesetzten Mittel muss die Politik dringend nachschärfen. Wir können uns auf Dauer Zaghaftigkeit bei Maßnahmen zur Stärkung von Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft schlichtweg nicht leisten.

Energiepolitik, Infrastruktur und Co.

Darüber hinaus gibt es natürlich eine Vielzahl an weiteren Themenfeldern, bei denen die Politik dringend industriebejahende Impulse setzen muss: Als besonders prominent ist hier die Energie- bzw. Klimapolitik zu nennen. Dieser wurde aufgrund der hohen Relevanz daher auch ein eigenes Kapitel gewidmet. Denn was die Verfügbarkeit von sicherem und günstigem Strom für die Entwicklung eines Landes bedeutet, wird gerade in der Historie Bayerns offenkundig. Die Transformation vom Agrar- zum Industriestaat ist nämlich im Wesentlichen weitsichtigen infrastrukturellen Entscheidungen (wie dem Bau der TAL-Pipeline) sowie eben der Verfügbarkeit einer grundlastfähigen und preiswerten Stromversorgung (Kernkraft) geschuldet.

Nur wer Infrastruktur sät, kann Wachstum ernten! Das gilt nicht nur für die Stromversorgung: Marode Brücken, Funklöcher, langsames Internet und teilweise ein schwaches Gleisnetz lassen hier mindestens genauso die Alarmglocken schrillen, wie die generelle Müdigkeit (oder gar Zukunftsvergessenheit oder Unfähigkeit?) in Deutschland, wichtige Großprojekte umzusetzen. Beispielhaft seien der Anschluss an den Brennerbasistunnel, die dritte Startbahn des Münchener Flughafens oder die großen Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitungen genannt.

»EINE VITALE KOMBINATION AUS STARKEM MITTELSTAND UND GROSSEN GLOBAL PLAYERN – DIESES DEUTSCHE ERFOLGSMODELL GILT ES ZU STÄRKEN«

Und auch damit endet der industriepolitische Handlungsbedarf bei weitem noch nicht: Er reicht von international wettbewerbsfähigen Unternehmenssteuern bis hin zu wirklich wirksamen Maßnahmen zur Entbürokratisierung und zur Stärkung des Mittelstandes – um nur einige weitere Beispiele zu nennen. Für die Rahmenbedingungen industrieller Wertschöpfung in Deutschland und Bayern als Wohlstandsgarant Nr. 1 gibt es noch viel (mehr) zu tun! Es ist daher zu hoffen, dass die Altmaier'sche „Nationale Industriestrategie 2030“ nur als ein Auftakt zu sehen ist. Das deutsche Erfolgsmodell einer sozialen Marktwirtschaft mit geschlossenen Wertschöpfungsketten in einer vitalen Kombination aus dem Rückgrat eines starken Mittelstands und großen Global Playern verdient es, dass sich die Politik den vielen genannten Herausforderungen endlich systematisch, konzeptionell und ganzheitlich stellt!

„Die Industrie als Teil der Lösung für mehr Klimaschutz begreifen“

Klimaschutz, also die Begrenzung und Eindämmung der Emissionen von Treibhausgasen, ist zweifelsohne ein wichtiges Thema – auch und gerade für die Chemiebranche. Und zwar nicht nur als Diskussionsthema. Die chemisch-pharmazeutische Industrie setzt sich schon lange mit der Frage auseinander, wie weniger CO₂ in die Atmosphäre emittiert werden kann, wie Prozesse effizienter und energieärmer gemacht werden können. Die aktuelle mediale Präsenz des Themas darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Branche schon seit Jahrzehnten damit auseinandersetzt. Für die Chemie ist Klimaschutz nicht neu. Langjährige Initiativen wie Responsible Care, Chemie³ oder die seit vielen Jahren gelebten Energieeffizienznetzwerke der Branche belegen das.

Vor allem aber belegen das die erzielten Erfolge. Im Vergleich zum Jahr 1990 ist die Produktion der Chemie- und Pharmabranche um etwa 69 % gewachsen. Und trotzdem ist es gelungen, den Energiebedarf absolut um 14 % und die CO₂-Emissionen absolut um sogar knapp 50 % zu senken! Das ist eine enorme Leistung. Aber das ist nicht der einzige Effekt, den die Branche geleistet hat, denn diese Zahlen enthalten noch nicht den Effekt der Produkte der Branche. Je Tonne CO₂, die in der Chemiebranche emittiert wird, werden schätzungsweise drei Tonnen CO₂ eingespart.

»CHEMIE IST TEIL DER LÖSUNG,
NICHT TEIL DES PROBLEMS«

Wenn man an Produkte wie Silizium für Photovoltaik, Dämmmaterialien, Bauchemie, Leichtbaumaterialien (Windräder, Autos), oder an Batterien (Elektromobilität) etc. denkt, ist das leicht nachzuvollziehen. Die Chemiebranche ist daher eindeutig in die Kategorie „Lösung“ für Fragen rund um den Klimaschutz einzusortieren, nicht in die Kategorie „Problem“! Und das, obwohl die Chemiebranche eine energieintensive Branche ist.

Damit die Chemie aber ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten kann, müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (z. B. Strompreise) stimmen – auch und gerade in Bayern! Deshalb ist es wichtig, dass auch die öffentliche Debatte diese scheinbar paradoxe Rolle der Industrie erkennt.

Die Vorreiterrolle, die Moral und die Vernunft

Denn man kann in den Medien, in den politischen Debatten und am Stammtisch zwei Lager für die Energie- und Klimapolitik ausmachen, in denen sich – ähnlich der „Meinungsblasen“ in den sozialen Medien – zwei Meinungsbilder oder Ideologien gebildet haben, die offensichtlich nicht zur Deckung zu bringen sind. Zwei „Blasen“, die sich im Grunde noch nicht einmal berühren.

Zum einen das Lager derer, denen die Energiewende nicht schnell genug geht, die fordern, dass in Deutschland möglichst schnell (und radikal) möglichst alle CO₂-Emissionen abgestellt werden sollen. Denn – so die Ideologie – nur dann kann die Welt vor einer „Klimakatastrophe“ gerettet werden. Nebeneffekte wie Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlust, Deindustrialisierung und schrumpfende Wirtschaft werden nicht erwähnt, als nachgelagert oder als unbedeutend eingestuft. Besonders medienwirksam wird dieses Lager derzeit von den Protagonisten der Fridays-for-Future-Bewegung repräsentiert.

»DIE KLIMAPOLITIK IST ZUNEHMEND IN ZWEI UNVEREINBARE LAGER POLARISIERT – EINE ZUSAMMENFÜHRUNG IST ÜBERFÄLLIG!«

Eher am anderen Ende des Meinungsspektrums – wir lassen das Extrem der „Klimaleugner“ unbetrachtet – finden sich Stimmen, die vielleicht wegen der Dominanz der ersten Gruppe ihre Argumentation auf die Bedeutung der Wirtschaft für das Wohlergehen einer Gesellschaft legen und auf die dafür notwendige Versorgung mit wettbewerbsfähigem Strom und mit günstiger Energie hinweisen. Hierunter finden sich u. a. Industrieverbände (wie wir) und viele Unternehmensvertreter. Sie legen auch dar, dass ein Verteuern von CO₂-Emissionen und von Energie dafür sorgt, dass energieintensive Prozesse ins weniger reglementierte Ausland abwandern und dort bei gleichem Produktionsvolumen vermutlich mehr CO₂-Emissionen verursachen, dass also nationale/regionale Alleingänge insgesamt dem Weltklima meist nicht helfen, im schlimmsten Fall sogar schaden. Mit der Verlagerung der energieintensiven Prozesse verschwinden aber auch ganze Wertschöpfungsketten – und Arbeitsplätze. Es ist höchste Zeit, dass diese beiden Lager in irgendeiner Form zueinander finden und dass geklärt wird, welche Argumente richtig, welche falsch sind. Dabei muss es irrelevant sein, wie viele Menschen das Argument nutzen oder wie laut sie es artikulieren – nur das bessere Argument soll siegen und Maßstab für die Politik sein.

Im Folgenden seien ein paar Argumente genannt. Wir laden ein, sie zu widerlegen!

Der internationale Rahmen: Die größten CO₂-Emittenten nehmen faktisch (zumindest bis 2030) nicht am internationalen Klimaschutzabkommen teil. Die USA (zweitgrößter CO₂-Emittent mit ca. 15 % der weltweiten Emissionen) haben das Abkommen gar nicht erst ratifiziert und China (größter Emittent mit ca. 28 %) wird seine Emissionen mindestens das nächste Jahrzehnt noch weiter steigern – vermutlich deutlich. Der prognostizierten Minderung von 4,4 Mrd. t CO₂ bis 2030 durch die EU, die USA, Japan, Kanada, Russland und andere stehen Steigerungen von 18,4 Mrd. t in China, Indien, Indonesien, Mexiko und weiteren Ländern gegenüber!

In diesem Kontext muss man die europäischen und deutschen Anstrengungen betrachten. Denn selbst wenn Europa (10 % der Emissionen) seine Zusagen im Maximalpfad einhält, wird dies im Vergleich zu den Gesamtemissionen keinen wesentlichen Beitrag leisten. Zudem ist zu erwarten, dass sich im Zuge der weiteren Industrialisierung der Welt (Afrika!) langfristig neue Emissionsquellen ergeben werden, die diese Situation noch verstärken.

Deutschland (etwa 2 % der Emissionen) und auch Europa können deshalb alleine nichts gegen steigende CO₂-Emissionen tun. Die Zunahme in anderen Regionen wird höher sein als die Gesamtemissionen Europas.

Zugegeben, das ist eine nicht gerade zufriedenstellende Analyse. Aber ist sie deswegen falsch?

»FRUSTRIEREND, ABER WAHR: DEUTSCHLAND KANN DAS KLIMA NICHT IM ALLEINGANG RETTEN!«

Es bleibt die moralische Verpflichtung – eine Art Verantwortung für die Zukunft –, trotzdem etwas zu unternehmen. Aber auch Moral und Verantwortung haben verschiedene Facetten. Wenn mit diesem moralisch begründeten Verhalten die Lebensgrundlage (Arbeitsplätze) der Menschen beschädigt oder zerstört wird, also folgende Generationen vielleicht keine so große Wertschöpfung mehr leisten können und damit auch nicht mehr die Vorzüge erleben, die wir heute genießen dürfen, ist es dann trotzdem richtig? Die Frage lautet im Kern, ob der Klimaschutz eine kategorische Verpflichtung ist oder ob es widerstreitende Ziele gibt. Ist die Nachhaltigkeit nur auf die Umwelt und den Klimaschutz beschränkt oder zählen auch andere Ziele wie „Beschäftigung“, „Auskommen“, „Wohlstand“ (dazu gehören übrigens auch Bildung, medizinische Versorgung, Teilhabe und andere soziale Dinge, die Geld kosten)?

Eine viel bessere Reaktion wäre es zu fragen: Wie kann man die Welt davon überzeugen mitzumachen?

Antwort: Mit einem guten Beispiel! Ziel könnte daher sein zu zeigen, dass die Energiewende klappt und dass man auch die CO₂-Emissionen eines Industrielands um 80 % oder mehr senken kann. Dies ist vermutlich für viele Menschen die Legitimation für den deutschen (und europäischen) Weg. Hier kommt auch die „Vorreiterrolle“ ins Spiel.

Vorreiterrolle: Die Idee ist also, einen Weg zu wählen, der so bestechende Erfolge aufweist, dass andere Nationen ihm folgen – ihm folgen wollen! Hier beginnt vermutlich der große Dissens der beiden anfangs genannten Lager. Die einen fordern das Ziel (CO₂-Einsparung) „um jeden Preis“ ohne Rücksicht auf Randbedingungen und Kollateralschäden, denn nur wenn man sein Ziel erreicht, kann man Vorbild sein. Die anderen bestehen auf der Einhaltung von Randbedingungen – z. B. kein Wohlstandsverlust –, denn sonst folgt ja auch keiner dem Vorreiter.

Letztere – zu denen zählen auch wir uns – fordern die Einhaltung von Randbedingungen auch zu dem Preis, das Ziel ggf. nicht ganz oder etwas später zu erreichen. Dieser Preis ist ja womöglich gar nicht zu zahlen. Und es bleibt selbstverständlich das Ziel, die CO₂-Einsparungen zu erreichen. Aber wichtig ist festzuhalten, dass es Randbedingungen gibt, über die man sprechen muss.

»DEUTSCHLAND KANN NUR VORBILD SEIN, WENN ES DEN WANDEL OHNE WOHLSTANDSVERLUST SCHAFFT«

Viele Länder haben ein „Wohlstandsniveau“, bei dem man sich eine Diskussion „Klimaschutz oder Wohlstand“ schlichtweg nicht leisten kann. Genauso ist Umweltverschmutzung auch normalerweise dort besonders schlimm, wo es der Wirtschaft/dem Land nicht gut geht. (Wir kennen das von Fernreisen oder dem Urlaub in Südtalien.) Die Klimadebatte in Deutschland ist deshalb sicher auch in dem sehr hohen deutschen Wohlstandsniveau begründet und allein schon deswegen nicht gut geeignet, andere Länder zu überzeugen. Um aber auch „ärmere“ Länder ins Boot zu holen, muss eine Vorreiterrolle zeigen, dass das Wohlstandsniveau keinen Schaden nimmt, besser noch, dass es steigt. Eine Vorreiterrolle darf auch nicht mit Emissionsverlagerung verwechselt werden. Bloß weil CO₂-intensive Prozesse ins Ausland verlagert werden und Deutschland seine Klimaziele erreicht (siehe „Energiewende“), ist der weltweiten CO₂-Konzentration nicht geholfen („carbon leakage“). Vermut-

lich schadet es sogar, da energieintensive Produktion hierzulande besonders effizient und deshalb CO₂-arm ist (sein muss)! Es droht also zusätzlich die Gefahr, dass eine Vorreiterrolle zu einem „St.-Florians-Prinzip“ entartet und Emissionen einfach ins Ausland verlagert und damit sogar erhöht werden.

Fazit: Wenn man Klimaschutz auf globaler Ebene denkt (und das ist der einzig zulässige Maßstab, denn Moleküle kennen keine intersubjektiven Gebilde wie Länder), muss dieser ausgewogen erfolgen. Überambitionierte Ziele für die einen, für die diese zu Wohlstandsverlust (messbar z. B. im Absinken der Industriequote) führen, und zu geringe Ziele (oder keine) für die anderen, die damit einen Wettbewerbsvorteil bekommen, müssen genauso vermieden werden wie ein St.-Florians-Prinzip („carbon leakage“). Innovation und Markt sind vermutlich besser als staatliche Lenkung. Rahmenbedingungen, die das Ziel unterstützen, sind besser als Zielvorgaben, die nicht einhaltbar sind. Und ein globaler (oder G20-) Ansatz ist besser als ein europäischer.

»AM ENDE ZÄHLT NUR DIE GLOBALE EBENE, HIERAUF MUSS SICH DIE POLITIK KONZENTRIEREN«

Es ist schlicht vernünftig, das wirtschaftlich Mögliche im Klimaschutz zu machen, dabei aber die eigene Wettbewerbsfähigkeit nicht zu beschädigen. Wenn man geeignete Lösungen findet, sind die Ziele erreichbar. Und danach sollte man streben. Sich selbst der Ressourcen und Möglichkeiten zu berauben, ohne dabei dem eigentlichen Ziel näher zu kommen, erscheint jedenfalls unvernünftig. Lieber sollte man auf Innovation und Technologie setzen und eine positive Dynamik herbeiführen, als durch erschwerte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft Lösungen zu unterbinden. Nebenbei bemerkt wäre es auch vernünftig, das Nebeneinander von zum Teil inkohärenten Klimaschutzzielen zu beenden, wie dies z. B. auf deutscher und europäischer Ebene der Fall ist. Eine Renationalisierung oder gar Regionalisierung der Klimapolitik (ein „Runterbrechen“ auf Sektoren, Bundesländer oder was auch immer) ist hingegen vermutlich kontraproduktiv. Nur Instrumente, die kosteneffizienten Klimaschutz gewährleisten, sind erfolgversprechend. Sie sollten möglichst weltweit wirken. Hierauf sollte man sich verständigen – auf faire Bedingungen für alle Regionen, zum Beispiel nach dem Vorbild des ETS. Denn völlig unmerklich von der Öffentlichkeit führt der europäische Emissionshandel zu Klimaschutz in Europa (natürlich nicht der Handel, sondern die schrumpfende Zahl an Zertifikaten). Die jährliche Zahl der CO₂-Emissionszertifikate sinkt

Jahr für Jahr und mit ihr die europäischen CO₂-Emissionen – übrigens völlig unabhängig von deren Preis, der nur noch für die effiziente Verteilung der existierenden Zertifikate sorgt. Dieses marktwirtschaftliche (= sehr effiziente) System darf nicht konterkariert werden. Keinesfalls dürfen deshalb bei deutschen oder gar bayerischen Klimaschutzmaßnahmen (Klimaschutzgesetze) der ETS-Sektor und der Nicht-ETS-Sektor vermischt oder verwechselt werden. Die sogenannte Sektorkopplung birgt hierfür eine Gefahr. Deutschland sollte die CO₂-Ziele nicht insgesamt festlegen, sondern getrennt für den ETS- und den Nicht-ETS-Sektor – am besten, ohne sich um den ETS-Sektor zu kümmern. Aber dafür ist es natürlich schon lange zu spät, denn fast die gesamte deutsche Energiewende, fast alle Klimaschutzmaßnahmen greifen derzeit im ETS-Sektor. Beziehungsweise dort greifen sie eben gerade nicht, denn – europäisch betrachtet – haben sie keine Zusatzwirkung zum Zertifikatesystem. Was für ein Irrsinn!

Energiepolitik in Deutschland und Bayern

Deutschland leistet sich ein äußerst teures (lt. Bundesrechnungshof über 36 Mrd. EUR p. a.), klimapolitisch fast wirkungsloses und damit höchst ineffizientes System namens EEG. Durch seine undifferenzierte Subventionswut für den Ausbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen hat das EEG für massiv steigende Strompreise, für einen enormen Bedarf an Netzausbau und deshalb enorme Zusatzkosten gesorgt.

»STROMPREISSTEIGERUNGEN UND UNSICHERE VERSORGLAGE – SCHON HEUTE SIND INVESTITIONS-ENTSCHEIDUNGEN BETROFFEN«

Gemeinsam mit dem Atomausstieg und seit kurzem auch dem Kohleausstieg ist dies das „Konzept“, das der Vorreiter Deutschland bieten kann. EEG zusammen mit Atom- und Kohleausstieg berauben aber Deutschland der gesicherten Leistung beim Strom und damit der wichtigsten Quelle für industrielle Wertschöpfung, Innovationen, Investitionen und Handlungsfähigkeit bei zukünftigen Problemen – auch im Klimaschutz!

Deutschland hat gravierend in das marktwirtschaftliche System des ETS eingegriffen und dadurch die Entwicklungen, die sich im Rahmen des ETS ohnehin in einigen Jahren ergeben hätten, nach vorne gezogen – und zahlt auch noch kräftig dafür.

Mit dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke in 2022 fehlen in Bayern nun aber ca. 5 GW gesicherte Leistung und ca. 40 TWh Arbeit/Energie. Wind- und Solarkraftwerke können keine Grundlastfähigkeit bzw. gesicherte Leistung bieten. Für Bayern bleiben möglicherweise nur Kohle- und Atomstrom aus dem Ausland (was für ein Widersinn!!), aber auch nur, wenn die Leitungen dafür vorhanden sind, wir tatsächlich von dort beliefert werden und das Ausland unserem Beispiel beim Kohle- und Atomausstieg eben nicht folgt.

Aber selbst, wenn die Versorgungssicherheit irgendwie (z. B. durch Gaskraftwerke) gewährleistet werden kann, sind die dadurch zu erwartenden Preissteigerungen und deren Auswirkungen auf die Wettbewerbs- und damit Überlebensfähigkeit der energieintensiven Industrie enorm. Der maßgebliche Großhandels- bzw. Börsenstrompreis ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Betroffene Unternehmen stehen aber mit einem hohen Exportanteil fast ausschließlich im internationalen Wettbewerb (USA, China, Indien) und können deshalb solche (nationalen) Kostensteigerungen nicht an Kunden weiterreichen! Das ist die „Klux“ am nationalen Alleingang im Klimaschutz. Deswegen ist es nur im Zusammenschluss aller CO₂-Emittenten und mit einem weltweiten System möglich, Klimaschutz ohne Kollateralschäden und ohne den Wohlstand zu gefährden, zu erreichen.

»EMISSIONSVERLAGERUNGEN UND WIRTSCHAFTLICHER SCHADEN – DIE DEUTSCHE ENERGIEPOLITIK TAUGT DERZEIT LEIDER NICHT FÜR EINE VORREITERROLLE«

Um es auf ein einfaches plakatives Bild zu reduzieren: Eine Energiepolitik, die es nicht mehr erlaubt, Silizium als einen der Grundstoffe der Energiewende international wettbewerbsfähig zu produzieren, schafft keine Vorreiterrolle, sondern eine Sackgasse.

Energie- und Klimapolitik sind Standortpolitik – falsche Weichenstellungen werden umfassende Konsequenzen in den industriellen Wertschöpfungsketten nach sich ziehen. Die derzeitige Energiepolitik gefährdet den Industriestandort Bayern nachhaltig. Man muss von nicht weniger als einer industriellen Zeitenwende sprechen, wenn es in Bayern nicht gelingt, Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise zu gewährleisten und, wenn es nicht gelingt, die Klimapolitik wirtschaftsfreundlich (ohne Wettbewerbsverzerrungen) zu gestalten. Energiepolitik für die bayerische Industrie muss wieder zu einem strategischen Pfeiler des Freistaats Bayern werden.



VBCI



Der VBCI ist der Arbeitgeberverband für die chemische Industrie in Bayern.

Im Fokus der Arbeit des VBCI steht einerseits, durch zielgerichtete Interessenvertretung wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die chemische Industrie in Bayern zu schaffen. Andererseits ist der VBCI Dienstleister in einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt. Unser Ziel ist es, für die Mitgliedsunternehmen moderne und wirkungsvolle Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, um unsere Ansprechpartner in den Unternehmen bei den personal-, arbeits-, tarif- und sozialrechtlichen Fragestellungen in ihrer täglichen Arbeit bestmöglich zu unterstützen.

»DER VBCI IST EIN GEWINNBRINGENDES NETZWERK,
DAS MEHRWERT SCHAFFT«

Starke Interessenvertretung durch engagierte Gremienarbeit

Diese Aufgaben sind nur durch intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsunternehmen in den regionalen und überregionalen Gremien zu lösen. Auf bayerischer Ebene sind dies der Tarifpolitische Ausschuss, der Sozial- und Personalpolitische Ausschuss, der Arbeitskreis Berufsausbildung sowie der Arbeitskreis Personalentwicklung. Diese tagen bis zu vier Mal pro Jahr. Hier werden neben den tagesaktuellen Fragen insbesondere die Tarifpolitik, die Vorhaben der Legislative im sozialpolitischen Bereich (Näheres hierzu im Kapitel „Sozialpolitik“), die Rechtsprechung von EuGH und BAG und deren Auswirkungen auf die Personalarbeit besprochen, Erfahrungen ausgetauscht und Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Zentrale Themen der Gremienarbeit waren und werden auch in naher Zukunft die Digitalisierung und der demografische Wandel sein. Hierzu hat der SPA in einem ganz-tägigen Workshop im Februar dieses Jahres praxisorientierte Vorschläge zu den Themen Zeit- und Ortsouveränität, Arbeitsvolumen sowie Qualifikation und Qualifizierung erarbeitet. Die Ergebnisse des Workshops wurden als Input für die anstehenden Tarifverhandlungen zum Thema „Roadmap Arbeit 4.0“ an den BAVC übermittelt.

Moderne Arbeitswelten

Digitalisierung und demografischer Wandel verändern die Arbeitswelt in zunehmendem Maße und stellen an die Unternehmen und ihre Mitarbeiter hohe Anforderungen. Sich fit und wettbewerbsfähig für die Zukunft zu machen, beinhaltet mehr als Weiterentwicklung im bisher bekannten Umfang. Noch schnellere Innovationskraft, Erhaltung der Leistungsfähigkeit und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine neue Führungskultur sind die künftigen Herausforderungen. Digitalisierung heißt auch Schritt halten mit der hohen Geschwindigkeit der Veränderungen weltweit. Der digitale Wandel wartet nicht darauf, bis wir uns in Bayern angepasst haben. Wir müssen offen gegenüber neuen Technologien, neuen Beschäftigungsformen und Geschäftsmodellen sein. Die Chemie-Arbeitgeber haben den Anspruch, diesen Wandel in der Arbeitswelt zusammen mit ihrem Sozialpartner IG BCE aktiv und positiv zum größtmöglichen Nutzen aller zu gestalten.

»CHANCEN DER DIGITALISIERUNG VORANSTELLEN, OHNE RISIKEN AUSZUBLENDEN«

Dabei stellen sich diverse Fragen: Wie wird „Arbeiten 4.0“ konkret? Worauf ist bei der Einführung und Nutzung digitaler Technologien und Prozesse zu achten? Was kann das Unternehmen tun, wenn sich Aspekte der Arbeitswelt, die für Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit entscheidend sind, grundlegend wandeln, wie etwa die Kompetenzanforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

Die ganztägige Informationsveranstaltung des VBCI mit dem Titel „Digitalisierung der Arbeitswelt – Toolbox 4.0“ hat versucht, hierauf zu antworten. Vorgestellt wurden Werkzeuge für die Bereiche „Orts- und Zeitflexibles Arbeiten“, „Gute und gesunde Arbeit in digitaler Umgebung“ sowie „Änderungen bei digitaler Aus- und Weiterbildung“.

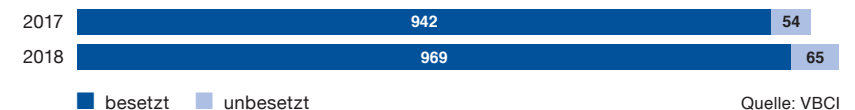
Die Chemie-Arbeitgeberverbände haben hierzu unter dem Titel „Toolbox Arbeiten 4.0“ Praxisbeispiele gesammelt sowie Navigatoren, Leitfäden und modulare Baukästen entwickelt, die insbesondere den KMU bei den anstehenden Veränderungen Hilfestellung geben. Im Oktober 2018 wurde ein weiteres Tool, der Navigator „Beschäftigtendatenschutz 4.0“, fertiggestellt. All diese Werkzeuge stehen den Mitgliedsunternehmen über das Extranet des VBCI jederzeit griffbereit zur Verfügung.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Beschäftigung in der bayerischen chemischen Industrie machen sich zum einen durch älter werdende Belegschaften und abnehmende Bewerberzahlen bemerkbar. Zum anderen ist aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Lage und des kommenden Strukturwandels schwer abschätzbar, inwieweit dies zu offenen, nicht besetzbaren Arbeitsplätzen führen wird. So hat die Studie der Prognos AG im Auftrag der vbw vom März 2019 zur Arbeitslandschaft 2025 für Bayern ergeben, dass für den Bereich der chemischen Industrie der Arbeitskräftealdo im Vergleich zur Nachfrage bis 2035 nach wie vor positiv sein wird.



Aus- und Weiterbildung – Erfolge in schwierigem Umfeld

Das Ausbildungsangebot der bayerischen chemischen Industrie:



Die Altersstruktur stellt viele Unternehmen der bayerischen chemischen Industrie vor große Herausforderungen. Geburtenstarke Jahrgänge scheiden aus und sind auf dem Arbeitsmarkt derzeit nicht adäquat zu ersetzen. Um dem zu begegnen, wurden die Ausbildungsaktivitäten weiter verstärkt und erreichten ein neues Rekordniveau. Zum ersten Mal seit Inkrafttreten des Tarifvertrags „Zukunft durch Ausbildung“ in 2003 konnten mehr als 1.000 Ausbildungsplätze angeboten werden – ein Plus von 27 %. Trotz stabiler Ab-

»JUNGE MENSCHEN FÜR EINE ZUKUNFT IN DER CHEMIE BEGEISTERN«

solventenzahlen der allgemeinbildenden Schulen in Bayern gestaltet sich die Gewinnung geeigneter Bewerber für die duale Berufsausbildung immer schwieriger, da der Trend zu Fachoberschulen und Hochschulen weiterhin anhält. Insbesondere bei den Chemikanten bleibt die Situation sehr angespannt. Der Beruf ist zu wenig bekannt und damit für Jugendliche zu wenig attraktiv. Die Ausbildungsunternehmen versuchen, dem durch intensive

Marketingmaßnahmen entgegenzuwirken. Gleichzeitig setzt man darauf, innerbetriebliche Fördermaßnahmen auszubauen, um auch zunächst weniger geeigneten Bewerbern eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen.



Flankiert werden diese Bemühungen durch Marketingaktivitäten der Chemie-Arbeitgeberverbände, wie etwa der Ausbildungskampagne „Elementare Vielfalt – Deine Ausbildung in der chemischen Industrie“ und den Chemie-AzubiBlog (www.chemie-azubi.de).



Die Website www.elementare-vielfalt.de bietet hierzu ausführliche Informationen zu den knapp 50 verschiedenen Ausbildungsberufen und dualen Studiengängen ergänzt um Bewerbungstipps, eine Ausbildungsplatzbörse sowie Unternehmensprofile. Der „Ausbildungsfinder“ hilft den noch Unentschlossenen, unter Einsatz von Virtual-Reality-Technik den passenden Beruf einschließlich freier Ausbildungsplätze, Berufsinformationen und Porträts von mittelständischen Betrieben zu finden. Eine der größten Herausforderungen wird hierbei jedoch sein, diese Informationen möglichst so aufzubereiten, dass sie die Zielgruppe auch erreichen.

»WEITERBILDUNG IST EIN WESENTLICHER SCHLÜSSEL, UM FACHKRÄFTE ZU GEWINNEN UND BESCHÄFTIGUNGSMÖGLICHKEITEN ZU ERHALTEN UND ZU ERWEITERN«

Im Rahmen der Weiterbildung und -qualifizierung ist die Integration des digitalen Wandels in die Unternehmensorganisation und -kultur ein wesentliches Thema. Konzepte, Techniken und Instrumente für das Lebenslange Lernen sind vom digitalen Wandel selbst betroffen. Das Training virtueller Teams aus Mitgliedern, die sich beispielsweise an unterschiedlichen Standorten befinden, erfordert die Entwicklung und Erprobung neuer Ansätze. Dies gilt auch für die Vermittlung der zum Führen derartiger Teams erforderlichen Kompetenzen. Hier gilt es, Mitarbeiter regelmäßig zu schulen und das Konzept des Lebenslangen Lernens im Unternehmen zu leben. Der Staat fördert diesen Wandel durch das seit Januar dieses Jahres in Kraft getretene Qualifizierungschancengesetz für Beschäftigte, die als Folge des digitalen Strukturwandels Weiterbildungsbedarf haben oder in sonstiger Weise vom Strukturwandel betroffen sind – unabhängig von Qualifikation, Lebensalter und Betriebsgröße.

Schule und Bildungspolitik

Eine stärkere Betonung der Naturwissenschaften ist für unsere Gesellschaft wichtig, wenn wir in Hochtechnologien nicht komplett den Anschluss verlieren wollen! Denn naturwissenschaftliche Bildung und daraus resultierende Technologieakzeptanz sind wichtige gesellschaftliche Rahmenbedingungen dafür, dass Ideen zu Innovationen und damit zu Wertschöpfung im Land führen können. Hier hilft nur Aufklärung und die Vermittlung eines fundierten naturwissenschaftlich-technischen Grundwissens, das gerade die jungen Menschen in die Lage versetzt, sich wissenschaftsbasiert eine eigene Meinung zu bilden und offen für neue Technologien zu sein.

Naturwissenschaftliche Bildung in der Grundschule

Die Vermittlung von naturwissenschaftlichen Grundfertigkeiten beginnt am besten schon früh. Kinder haben von Natur aus einen Forscher- und Entdeckerdrang. Sie lernen dabei, im Wortsinn, spielend. Unser Ziel ist es, diesen Forscherdrang zu erhalten und ihm Struktur und Werkzeuge zu geben.

Lehrerinnen und Lehrer dienen hierbei als Multiplikatoren. Daher fördern die Bayerischen Chemieverbände seit mittlerweile sechs Jahren Seminare für Grundschullehrerinnen und -lehrer sowie Pädagogen anderer Schularten. Mit Hilfe dieser Weiterbildungsangebote erreichen wir die Pädagogen direkt und ohne Umwege. Den Lehrerinnen und Lehrern werden nicht nur das nötige Fachwissen, die Lerninhalte und das richtige Vorgehen vermittelt, um den Kindern jahrgangsstufengerecht die jeweils adressierten Kompetenzen beizubringen. Wir versorgen die jeweiligen Schulen auch mit allen nötigen Materialien zur Durchführung der Experimente. Aufgrund des großen Erfol-

»UNSERE WEITERBILDUNG DER LEHRERINNEN UND LEHRER BEGINNT MITTLERWEILE BEREITS IM STUDIUM«

ges bilden wir mittlerweile auch bereits Referendarinnen und Referendare aus. Auch eine Kooperation mit der LMU ist angedacht, um das gute und erfolgreiche Konzept in leicht abgeänderter Form schon in das Studium zu integrieren. Ein Großteil wird dabei über den Fonds der Chemischen Industrie finanziert. Durchgeführt werden die Seminare gemeinsam mit unserem langjährigen Partner „3-up“.

Insgesamt konnten in den sechs Jahren seit Beginn unserer Kooperation mit „3-up“ bisher rund 1.300 Lehrerinnen und Lehrer an 750 Schulen in Bayern fortgebildet werden. Und die Nachfrage ist ungebrochen stark. So sind die Seminare bereits bis ins Frühjahr 2021 ausgebucht.

VBCI als wirkungsvoller Dienstleister

Schulungen und Seminare

Neben den bereits erwähnten Veranstaltungen zum Thema „Arbeiten 4.0“ hat der VBCI bei weiteren Informationsveranstaltungen, Grundlagen- und Fachseminaren sowie Workshops über 450 Fach- und Führungskräften der Mitgliedsunternehmen die Möglichkeit geboten, sich zu arbeits-, tarif- und sozialrechtlichen Themen weiterzubilden, um den Anforderungen an eine effektive und rechtssichere Personalarbeit nachkommen zu können. Hierbei werden insbesondere auch Hinweise und Umsetzungshilfen für die neuen Gesetze sowie die Urteile der Arbeitsgerichte und des EUGH angeboten. Schwerpunkte waren hier: „Steuer-, sozialversicherungs- und arbeitsrechtliche Neuerungen 2019 im Personalwesen“, „Brückenteilzeit“, „Aktuelle Fragen des Arbeitsrechts“, „Stellenbeschreibung – Eingruppierung nach dem BETV“, „Betriebliches Eingliederungsmanagement – Anwendung und Praxistipps“, „Gestaltung flexibler Übergänge in den Ruhestand“, „Die wichtigsten Fragen zu Krankheit und Urlaub“ und „Die wichtigsten Fragen zu Mutterschutz, Elternzeit und Freistellungen“.

»ZU UNSEREN KERNAUFGABEN GEHÖRT ES, DIE FACH- UND FÜHRUNGSKRÄFTE DER MITGLIEDSUNTERNEHMEN AUF DIE SICH WANDELNDE ARBEITSWELT VORZUBEREITEN«

Die zweimal pro Jahr stattfindenden Fachseminare mit Richtern aus der bayerischen Arbeitsgerichtsbarkeit finden ebenfalls großes Interesse. Hinzu kommt eine Vielzahl von Inhouse-Schulungen, insbesondere für Führungskräfte. Diese werden gemäß der Anforderungen und Wünsche des jeweiligen Mitgliedsunternehmens gestaltet.

Rechtliche Interessen- und Prozessvertretung

Im Mittelpunkt der Dienstleistungen unserer Juristen steht die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen der Mitgliedsunternehmen. Hierbei wird auf eine schnelle, kompetente und persönliche Beratung Wert gelegt. Dazu gehören

u. a. die umgehende Beantwortung von Anfragen per Telefon oder per Mail, Hilfe bei der arbeitsrechtlichen Vertragsgestaltung und der Entwurf von Betriebsvereinbarungen. Darüber hinaus vertreten wir unsere Mitgliedsfirmen vor den Arbeits- und Sozialgerichten in allen Instanzen.

Die Juristen des VBCI sind im Rahmen ihrer Verbandstätigkeit auch ehrenamtliche Richter am Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht München sowie beim Bundesarbeitsgericht und können so die Erfahrungen aus der Praxis und aus Sicht der Arbeitgeber in die Rechtsprechung einfließen lassen.

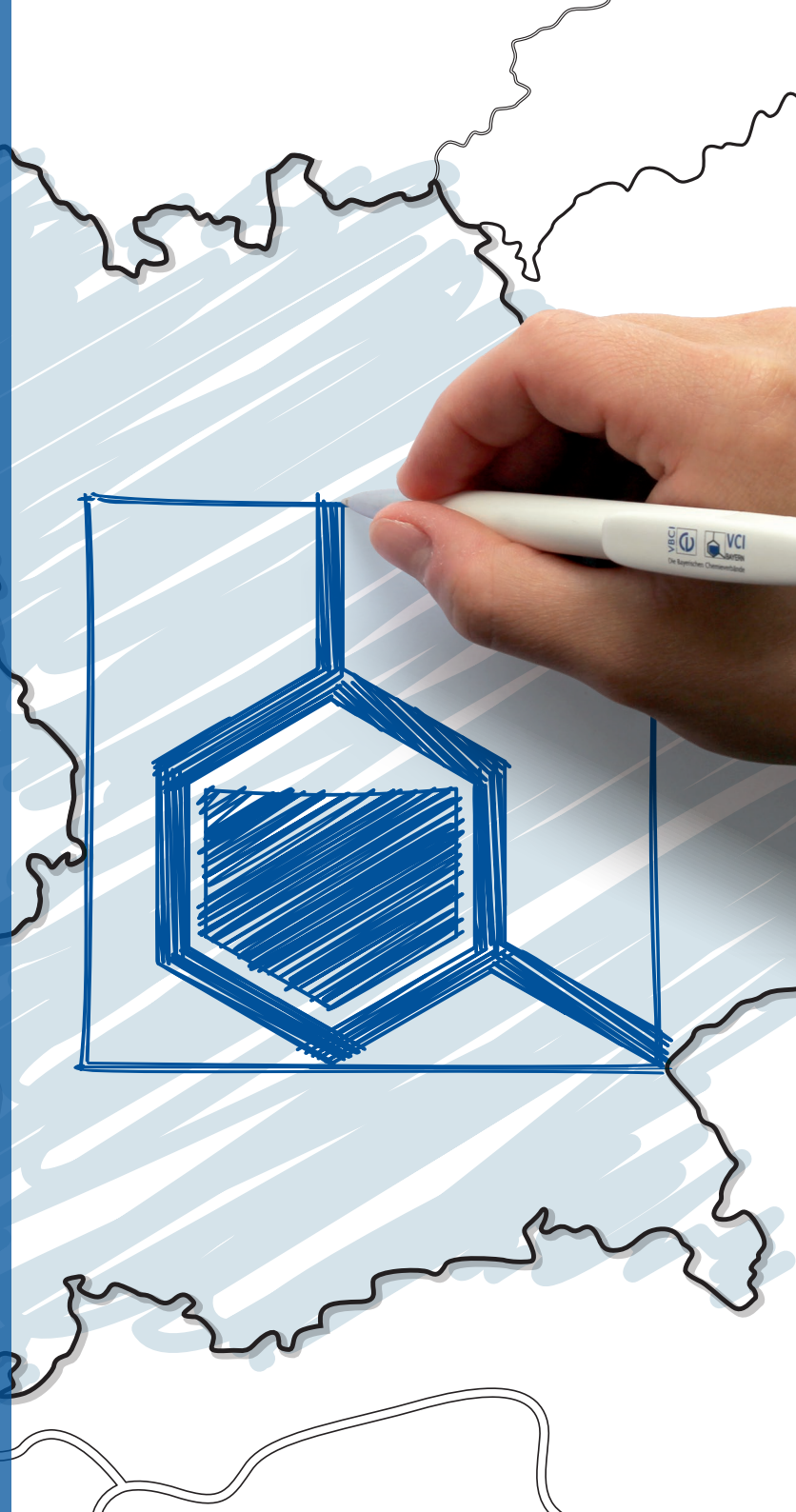
»UNSER JURISTENTEAM KENNT DIE PRAXIS. DESHALB BERATEN WIR ZIELORIENTIERT IM VORFELD, UM LANGWIERIGE UND TEURE RICHTSPROZESSE ZU VERMEIDEN.«

Wir unterstützen die Mitgliedsunternehmen auch bei innerbetrieblichen Themen wie Eingruppierung, Arbeitnehmerüberlassung, Entsendung, Verhandlungen mit Betriebsräten, Umstrukturierungen, Betriebsübergängen, Interessenausgleich und Sozialplan, Nutzung der tarifvertraglichen Öffnungsklauseln sowie bei unternehmensbezogenen Verbandstarifverträgen. Dies beginnt mit einer umfassenden Beratung im Vorfeld der beabsichtigten Projekte, setzt sich in dem Erstellen der erforderlichen Verträge und Dokumente fort und findet seinen Abschluss in der Begleitung bzw. dem Führen der Verhandlungen mit Gewerkschaft, Betriebsräten und Rechtsanwälten.

Informationsangebote

Abgerundet wird unser Serviceangebot für die Mitgliedsunternehmen durch das neugestaltete und tagesaktuelle Extranet des VBCI, den wöchentlichen Newsletter und das monatliche Journal. Für die zwischenzeitlich bis zu 500 Seiten starken Handbücher „Das Arbeitsverhältnis in der Chemischen Industrie“ in der 4. Auflage und „Arbeitsvertragsgestaltung in der Chemischen Industrie“ in der 2. Auflage mit den darin enthaltenen Handlungsanleitungen, Formularen, Checklisten und Vertragsmustern ist eine Digitalisierung geplant. Dies ermöglicht den Mitgliedsunternehmen, ihre Verträge gemäß der Vorlagen zu denkbaren Fallgestaltungen über einen Vertragsgenerator passgenau zu gestalten. Erweitert werden soll das Ganze dann durch ein „LegalTech“-Angebot mit wichtigen Fragestellungen aus dem Arbeitsrecht. Bereits jetzt können die Unternehmen auf mehr als 30 Praxishilfen von A wie „A1-Bescheinigung“ bis Z wie „Zeugnisse ausstellen und beurteilen“ online zugreifen.

Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern



VCI

Aus der Arbeit des VCI-Landesverbandes Bayern

Bayern

Der VCI-Landesverband ist die Stimme der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Bayern. Er vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der Branche gegenüber Politik, Administration, Öffentlichkeit und den Medien. Darüber hinaus ist der Landesverband eine Plattform zur Meinungsaggregation und Positionierung sowie zur Vernetzung und für den Erfahrungsaustausch für die Mitgliedschaft. Die hierzu etablierten Gremien und Kreise sind auf S. 62 aufgeführt. Der VCI-Landesverband vertritt darüber hinaus im VCI organisierte Fachverbände auf regionaler Ebene. Eigene Untergruppierungen auf Landesebene sind hierbei die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie (VdL) sowie der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI).

Energie- und Klimapolitik

Die Energie- und Klimapolitik läuft zunehmend auf einen industriepolitischen Showdown zu. Gelingt es nicht, eine international wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung als maßgebliches Paradigma wieder in den Fokus zu rücken, sind die Konsequenzen für den Industriestandort Deutschland und Bayern verheerend. Der VCI-Landesverband hat sich hierzu im Rahmen des Bayerischen Energiegipfels mit deutlichen Positionen zu Wort gemeldet. Details sind im Kapitel „Energiepolitik“ ab S. 34 beschrieben.

Neben der politischen Dimension war aber einmal mehr auch die Begleitung und Umsetzung der umfassenden regulatorischen Vorgaben Teil der Verbandsarbeit.



»DAS ENERGIESAMMELGESETZ SETZT BISLANG UNGEAHNTEN MASSSTÄBE IN SACHEN BÜROKRATIEAUSWÜCHSE«

Erst in buchstäblich letzter Minute konnte das sog. Energiesammelgesetz mit zahlreichen wichtigen Regelungen Ende 2018 verabschiedet werden. Positiv ist, dass für die meisten hocheffizienten KWK-Neuanlagen (nach 2014) eine reduzierte EEG-Umlage wieder grundsätzlich möglich ist – hierfür hatte

sich der VCI nachdrücklich eingesetzt. Große Schwierigkeiten bereiten hingegen die Regelungen zur Abgrenzung von Drittstrom bei der Besonderen Ausgleichsregelung und der Eigenstromversorgung. Im Kern geht es darum, dass härtefallbegünstigter Strom (BesAR, Eigenstrom, etc.) nicht an Dritte weitergeleitet, sondern abgegrenzt wird. Hatte der VCI hier für möglichst praxisgerechte Regelungen gekämpft, wurde stattdessen ein Bürokratiemonster erschaffen. Die Aufträge von Wirtschaftsprüfern und Rechtsbeiständen zum Durchdeklinieren sämtlicher Abgrenzungskonstellationen (bis hin zur Frage: „Wer ist de jure der Betreiber des Leasingkopierers?“) nehmen seither solche Dimensionen an, dass der jeweilige Stromverbrauch hierfür (Laptopstrom, etc.) selbst schon abgegrenzt werden muss. Ein regelrechter Bürokratie-Overkill wurde aber mit den Vorgaben zu mess- und eichrechtskonformen Messeinrichtungen geschaffen – das Resultat: Teilweise müssen erst im Vorjahr eingebaute geeichte Stromzähler aufgrund der nun geforderten 15-Minuten-genauen Messvorgaben wieder ersetzt werden. Das Ganze ist umso absurder, als die Messgenauigkeit dadurch nicht besser wird. Der VCI wird aber hier nicht locker lassen und auch weiterhin pragmatische Lösungsansätze bei der Abgrenzung von Drittstrom sowie den eichrechtlichen Vorgaben einfordern. Dies gilt auch für alle weiteren branchenrelevanten Vorgaben im

Energiebereich, die derzeit oftmals Kosten ohne Nutzen verursachen. Ein besonders dramatisches Beispiel ist die drohende regulatorisch bedingte Dezentralisierung der Versorgungsstrukturen in Chemieparken – hocheffiziente Standortkonzepte könnten dadurch in die Ineffizienz getrieben werden.



»EINE RENATIONALISIERUNG DER KLIMASCHUTZPOLITIK IST KONTRAPRODUKTIV, INEFFEKTIV, INEFFIZIENT UND FÜHRT ZU DOPPELREGULIERUNG«

Auch die Klimapolitik ist wesentlicher Teil der Verbandsarbeit – sei es bei der Umsetzung regulatorischer Vorgaben (wie z. B. der angepassten ETS-Richtlinie) oder im politischen Raum. Mit Blick auf das geplante Bundes- sowie das bayerische Klimaschutzgesetz ist hier bedauerlicherweise wieder eine Renationalisierung zu beobachten, gegen die sich der VCI vehement ausspricht. Denn für die unter dem ETS bereits erfasste Industrie wäre dies jedenfalls kontraproduktiv, ineffektiv und ineffizient. Vertrauen in die Effizienz der Marktkräfte des EU-Emissionshandels wäre daher auch bei der Frage des Kohleausstiegs angezeigt gewesen. Zumindest hat die zuständige Kommission

anerkannt, dass es für die Kohleausstieg-induzierten zusätzlichen Stromkosten eine Kompensation braucht, um die Verwerfungen im internationalen Wettbewerb nicht noch mehr zu vergrößern. Dies gilt es, jetzt umzusetzen.

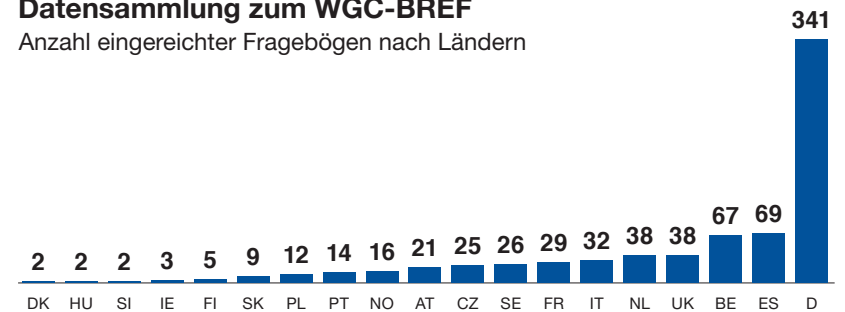
»KLARE SPIELREGELN UND PLANUNGSSICHERHEIT SIND WESENTLICHE ANFORDERUNGEN FÜR INVESTITIONEN AM HIESIGEN STANDORT«

Umweltpolitik

Klare und umsetzbare Spielregeln sowie planungssichere Verwirklichungsmöglichkeiten sind wichtige standortpolitische Anforderungen für Investitionen in Investitionsvorhaben. Den genehmigungsrechtlichen Rahmen setzt hierfür das Umweltrecht. Die Begleitung der Rechtsetzung ist in diesem Bereich daher eine der wesentlichen und zugleich umfassendsten Aufgaben des VCI. Beispielhaft sind hier die Novelle der TA Luft, die Umsetzung störfallrechtlicher Regelungen, die „Weiterentwicklung“ der Abwasserabgabe (sowie die damit verbundenen Diskussionen zu Spurenstoffen) oder die Umsetzung der vielen chemierelevanten BVT-Schlussfolgerungen („BREF“) zu nennen. Letztere definieren den EU-weit festgelegten Stand der Technik in Sachen Industrieemissionen.

Datensammlung zum WGC-BREF

Anzahl eingereichter Fragebögen nach Ländern



Quelle: EU-Kommission (European IPPC Bureau)

Hierbei ist der VCI von der Erstellung der BREFs bis hin zur Umsetzung im nationalen Rechtsrahmen involviert. Besonders gefordert waren die Unternehmen in 2018 bei der Erfassung von Emissionsdaten für das sog. WGC-BREF – ein Referenzdokument, das mittelfristig EU-weit die besten verfügbaren

ren Techniken für die Abgasbehandlung von Chemieanlagen festlegen wird. Durch das gemeinsame Engagement von Unternehmen, VCI und der Umwelt-administration stellt Deutschland in diesem Prozess die Hälfte der Daten-sätze in Europa (10 % davon aus Bayern!; siehe Abb. S. 53) – wesentlicher Ausgangspunkt, um eine möglichst realistische Ableitung von Standards zu gewährleisten und deutsche Besonderheiten abzubilden.

»DER DIALOG AUF VOLLZUGSEBENE IST ENORM WICHTIG UND KANN ZU MEHR UMWELTSCHUTZ BEI GERINGEREM AUFWAND FÜHREN«

Gerade die immer vollzugsfernere Rechtssetzung auf EU- und Bundesebene macht es umso wichtiger, sich auf Länder- und damit Vollzugsebene auszutauschen. Seit mittlerweile knapp 25 Jahren bietet der Expertendialog Umwelt hier ein Format für einen lösungsorientierten Austausch zur praktikablen Umsetzung von Rechtsetzung und für die Diskussion von Problemen im Vollzug. Im letzten Jahr ist hier auf Seiten des StMUV der Staffelstab beim Co-Vorsitz an Herrn MDgt. Dr. Bogenrieder übergegangen – die nahtlose Weiterführung des Expertendialogs in der bewährten Form ist dabei ein wichtiges und positives Signal. Denn dass auf Vollzugsebene Lösungen gefunden werden können, die sogar gleichermaßen ein Mehr an Umweltschutz wie auch geringeren Aufwand für Behörden und Betreiber ermöglichen, zeigt auch das erfolgreiche Pilotprojekt in 2018 zur Weiterentwicklung der Überwachungsübereinkunft. Die guten Erfahrungen hieraus sollen am Ende dazu führen, dass sicheres Betreiberverhalten bei der Überwachung von IED-Anlagen angemessen berücksichtigt werden kann.

»DAS STOFFRECHT LEIDET UNTER BRÜSSELER BÜROKRATIEIRRSINN – EINE ENTWISSENSCHAFTLICHUNG OHNE NUTZEN FÜR DIE UMWELT«



Neben den medienbezogenen Umweltregularien sind auch die stoffrechtlichen Vorgaben im Fokus des VCI-Landesverbandes. Das entsprechende Dialogformat mit dem bayerischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium ist der Expertendialog Stoffpolitik. Das Chemikalienrecht ist dabei sehr stark europäisch geprägt – und zeichnet sich leider zunehmend durch regelrechten Bürokratieirrsinn aus, so z. B. beim Einstufungsverfahren von Titandioxid. In einem beständigen Kraftakt des VCI

und seiner Fachverbände wurden die drastischen Auswirkungen einer völlig unverhältnismäßigen Einstufung von Titandioxid als „vermutlich krebserzeugend“ immer wieder auf allen Ebenen thematisiert. Dies insofern erfolgreich, als die Kommission bei den Mitgliedsstaaten für ihren Einstufungsvorschlag keine Mehrheit finden konnte. Nun obliegt der neuen Kommission das weitere Verfahren.

Ein ähnliches Bild von Bürokratieauswüchsen zeigt sich bei den praxisfernen Vorgaben für Meldungen an Giftinformationszentralen mit einer drohenden Kostenlawine für die Branche (ohne sinnvolle Verbesserung für den Verbraucherschutz), dem Wegfall wichtiger Biozid-Wirkstoffe für den Schutz von Farben oder dem völlig überzogenen Vorschlag der europäischen Chemikalienagentur ECHA zur REACH-Beschränkung von „Mikroplastik“, der eine Vielzahl von technischen Polymer-Anwendungen bedroht.



Hier ist es eine kontinuierliche Aufgabe des VCI, fakten- und vernunftbasiert zu argumentieren und auf Landes-, Bundes-, und Europaebene für die Auswirkungen überzogener Regulierung zu sensibilisieren. Bei den harmonisierten Giftinformationsmitteilungen scheint sich diese Arbeit bereits dahingehend auszuwirken, dass man aufgetretene Probleme in der Praxis adressieren und eine Fristverlängerung für die Umsetzung ermöglichen will.

»DIE BAYERISCHE CHEMIE LEISTET IHREN BEITRAG ZUR UMSETZUNG DER UN-ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG«

Nachhaltigkeit

Im Rahmen der Initiative „Responsible Care“ (RC) verpflichten sich die VCI-Mitgliedsunternehmen freiwillig zur ständigen Verbesserung der Unternehmensbereiche Umwelt, Sicherheit und Gesundheit über Gesetzesvorgaben hinaus. Zum Ausdruck kommt dies z. B. im jährlich ausgetragenen RC-Wettbewerb. 2018 zeigten neun Mitgliedsunternehmen mit ihren Wettbewerbsbeiträgen zum Thema „Unser Beitrag zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung“, dass Nachhaltigkeit in vielen Facetten längst zur Tagesordnung gehört. Wir gratulieren an dieser Stelle nochmals allen Teilnehmern zur erfolgreichen Umsetzung ihrer Projekte.



In diesem Jahr läuft der RC-Wettbewerb unter dem Motto „Unser Beitrag zur Nachhaltigkeit in der Lieferkette“. In Bayern gingen acht Unternehmen mit neun Projekten an den Start. Das Thema ist als Teil des „Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte 2016 - 2020“ für die deutsche Industrie hochaktuell.



Nachhaltigkeit als Leitbild der drittgrößten deutschen Industriebranche zu verankern, ist auch das Ziel der bislang einzigartigen Brancheninitiative Chemie³. Im Rahmen des Fortschrittsberichts 2018 hat Chemie³ erstmals die Datenbasis für eine Fortschrittsmessung geschaffen. 40 Indikatoren greifen die wesentlichen Nachhaltigkeitsaspekte der Branche in den Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales auf.

Bildungs- und Innovationspolitik

Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist Lösungsanbieter für die wichtigen großen Zukunftsfragen (z. B. bei der Kreislaufwirtschaft, Ressourceneinsparung oder personalisierten Medizin). Um dieses Potenzial auszuschöpfen, braucht es aber gleichermaßen ein technologieoffenes Umfeld, naturwissenschaftliches Grundverständnis der Bevölkerung wie auch exzellente Fachkräfte. Mit Sorge beobachtet der VCI daher die aktuellen Entwicklungen in der Ausgestaltung des neuen neunjährigen Gymnasiums in Bayern – und schließt sich nachdrücklich den Forderungen bayerischer Chemielehrer nach einer stärkeren Betonung naturwissenschaftlicher Grundbildung in der Oberstufe an.



» EIN LAND DER ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN
BRAUCHT EINE AUFGESCHLOSSENE GESELLSCHAFT MIT
NATURWISSENSCHAFTLICHEM GRUNDVERSTÄNDNIS «

Darüber hinaus müssen Innovationen hierzulande noch viel aktiver gefördert werden: einerseits durch bessere politische Rahmenbedingungen (wie z. B. mittels steuerlicher F&E-Förderung, s. S. 32), andererseits aber auch durch den Abbau brancheninterner Hemmnisse. Der im Landesverband zuständige Arbeitskreis Innovation hat deshalb zuletzt das Thema Kooperationen mit Innovationsunternehmen und Startups stärker in den Fokus gerückt und dabei einhellig festgehalten, dass die Innovationsstärke der Branche durch die opti-

male Kombination aus der Erfahrung und wirtschaftlichen Flexibilität etablierter Unternehmen mit der Schnelligkeit, Risikobereitschaft und Kreativität von Startups maximiert werden kann. Große Unternehmen müssen dazu bereit sein, ihre Prozessketten flexibel auf die Zusammenarbeit mit kleinen Unternehmen einzustellen: Für Aufträge an Startups müssen kürzere Zahlungsziele gelten, Geheimhaltungsvereinbarungen dürfen Kooperationen nicht blockieren, große Unternehmen in Deutschland müssen experimentierfreudiger werden und Startups einfach „machen lassen“.

» DIE INNOVATIONSSTÄRKE DER BRANCHE
PROFITIERT VON KOOPERATIONEN
ETABLICHTER UNTERNEHMEN MIT STARTUPS «

Für den Aufbau einer besseren Innovations- und Gründerkultur in der deutschen Chemiebranche hat zudem 2018 das Forum Startup Chemie (FSC) die Arbeit aufgenommen, die von 6 Partnern (VCI, DECHEMA; Hightech Gründerfonds, Business Angels Netzwerk Deutschland und Bundesverband Deutsche Startups) getragen wird.

Pharmastandort Bayern

Seit dem erfolgreichen Bayerischen Pharmagipfel in 2014/2015 stehen Branchenvertreter und die bayerischen Ministerien für Wirtschaft und Gesundheit im Rahmen eines Expertendialogs Arzneimittel im regelmäßigen Austausch. Auf dieser Basis wurde am 12.02.2019 nun ein weiterer bayerischer Pharmagipfel ins Leben gerufen. Bis Ende 2019 suchen die insgesamt vier Arbeitsgruppen nach Lösungsvorschlägen zu wichtigen Gesundheitsthemen. Neben guten Rahmenbedingungen für die Pharmaindustrie, einer sicheren Arzneimittelversorgung sowie der Förderung von Forschung, Entwicklung und Produktion von Arzneimitteln am Pharmastandort Bayern ist 2019 eine neue Arbeitsgruppe zum Thema „Digitalisierung“ hinzugekommen. Denn die Digitalisierung bietet gerade bei Arzneimitteln zahlreiche Chancen für Innovationen zur besseren Patientenversorgung. In allen Arbeitsgruppen ist die seitens des VCI-Landesverbandes unterstützte Pharmainitiative Bayern natürlich tatkräftig vertreten.



Extranet

Seit kurzem können Sie sich auf den neuen Extranet-Seiten der Bayerischen Chemieverbände registrieren. Die Seite des VBCI wurde neu aufgesetzt, nutzerfreundlicher gestaltet und ist jetzt auch bequem per Smartphone und Tablet-PC nutzbar. Natürlich finden Sie weiterhin alle Inhalte des alten Systems auch im neuen.

Um auf die Seite zugreifen zu können, müssen Sie sich neu registrieren. Aus Datenschutzgründen können die existierenden Nutzer leider nicht „umgezogen“ werden. Die Freischaltung sollte aber innerhalb weniger Tage möglich sein.

VBCI-Extranet: mitgliederbereich.vbci.de/registrierung



»UNSER NEUES EXTRANET LÄUFT –
BITTE REGISTRIEREN SIE SICH«

Auch der VCI-Landesverband Bayern hat in diesem Zug ein eigenes Extranet bekommen. Zusätzlich zu den Seiten des Bundes-VCI finden Sie hier ein bayerisches Angebot mit allen Inhalten der „Kurzinformationen“ sowie alle Unterlagen zu ihren Gremien und Arbeitskreisen. Die Artikel der „Kurzinformationen“ sind nach Themen sortiert und über eine Suchfunktion auffindbar.

Alle Mitarbeiter der VCI-Unternehmen dürfen sich gerne registrieren.

Wir freuen uns über eine intensive Nutzung.

VCI-LV Bayern Extranet:

mitgliederbereich.vci-bayern.de/registrierung



Selbstverständlich bemühen wir uns, dieses Angebot weiter zu optimieren. Falls Sie Ideen, Kommentare oder (konstruktive) Kritik an den beiden Extranet-Auftritten haben, kommen Sie bitte auf uns zu – wir freuen uns über jede Rückmeldung! Falls der eine oder andere Klick noch nicht funktioniert – informieren Sie uns bitte auch!

Außenkommunikation

Mit Twitter und Youtube ist die Kommunikation nicht nur schneller und impulsiver geworden, sie findet auch zunehmend in Foren statt, die wir über unsere bisherigen Kommunikationswege nur schwer erreichen. Einzelne „Influencer“ werden zu Mediengestaltern und können mit hohem Engagement, aber vergleichsweise geringem Budget maßgeblich die öffentliche Meinung prägen. Wir sehen diese Entwicklung als eine der größten Herausforderungen für unsere Öffentlichkeitsarbeit und wir werden uns dieser Herausforderung stellen – denn in jeder Herausforderung liegt auch eine Chance.

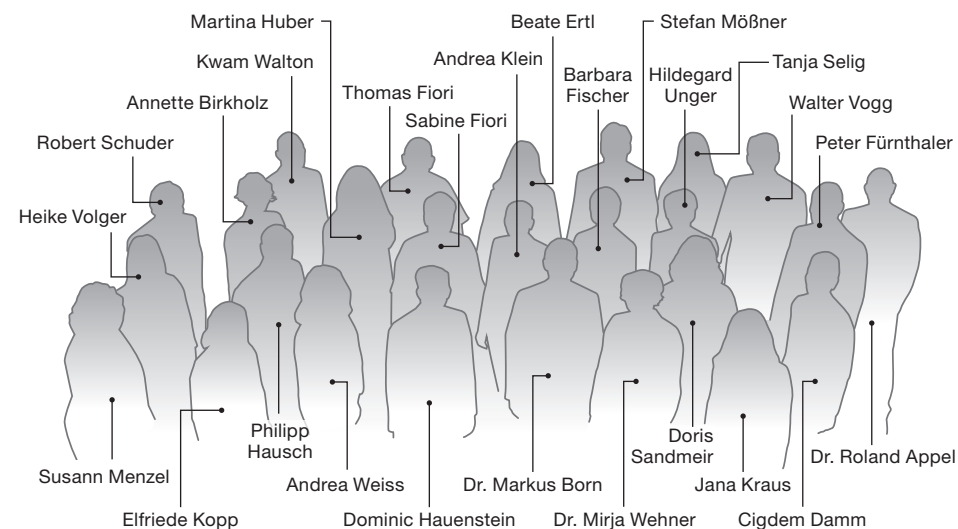
Europa- und Bundespolitik

In den kommenden Monaten bahnen sich auf politischer Ebene weitreichende Entscheidungen an. Neben dem Ausgang des Brexit-Krimis wird vor allem die Bildung der neuen EU-Kommission (und deren Kurs) richtungsweisend für die Zukunft der EU sein – sei es für die Stabilität der Union an sich wie auch für die vielen branchenrelevanten Fachthemen: von der EU-Klimapolitik bis hin zu umwelt- und stoffrechtlichen Fragen wie im „Fall Titandioxid“, um nur wenige Beispiele zu nennen. Und auch personell geht es um weit mehr als nur um die Frage, ob es erstmals ein Bayer an die Spitze der EU-Kommission schafft, denkt man an die neu zu besetzenden Posten der EU-Kommissare oder auch den Kurs der EZB mit einer neuen Spitze.

»DIE BILDUNG EINER NEUEN EU-KOMMISSION WIE AUCH DIE ÜBERLEBENSFRAGE DER GROKO WERDEN DAS POLITISCHE GESCHEHEN MASSGEBLICH BESTIMMEN«

Dies alles passiert in einer Zeit, in der in Deutschland die (ehemaligen) Volksparteien in einer tiefen Sinnkrise stecken und schon fast tagtäglich die Unsicherheit wächst, ob morgen noch eine handlungsfähige Bundesregierung im Amt sein wird. Mit Blick auf angestoßene und angekündigte Gesetzesvorhaben (wie z. B. die steuerliche F&E-Förderung oder das Bundesklimaschutzgesetz) wird auch der Fortbestand der GroKo – oder eine neue Bundesregierung in welcher Konstellation auch immer – maßgeblichen Einfluss auf die Rahmenbedingungen industrieller Wertschöpfung hierzulande haben. Die Bayerischen Chemieverbände werden all diese Entwicklungen weiterhin intensiv im Fokus haben und nach Kräften die Positionen der chemisch-pharmazeutischen Industrie in den politischen Diskurs einbringen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbände



Leider nicht auf dem Bild:
Christiane Hönig-Achhammer

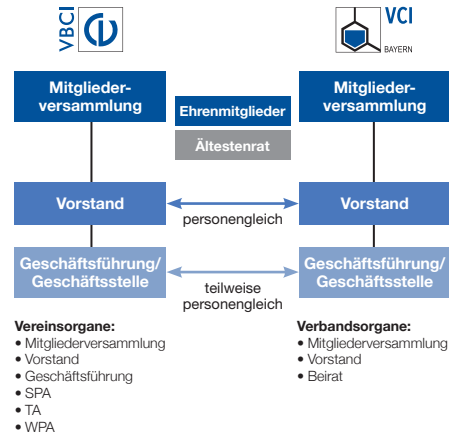
Verbandsorganisation

Die **Mitgliederversammlung** wählt die Vereins-/Verbandsorgane.

Der **Ältestenrat** (VBCI) berät den Vorstand und die Geschäftsführung.

Der **Vorstand** leitet den jeweiligen Verband und bestimmt die strategische Ausrichtung.

Die **Geschäftsführung/Geschäftsstelle** führt die operativen Geschäfte des jeweiligen Verbands im Rahmen des Mandats des Vorstands bzw. der Mitgliederversammlung.



Struktur der Gremien

Die Gremien dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch zwischen Verband und Mitgliedschaft, der Positionierung der Branche sowie der Diskussion und Festlegung von Leitplanken für die Verbandsarbeit.

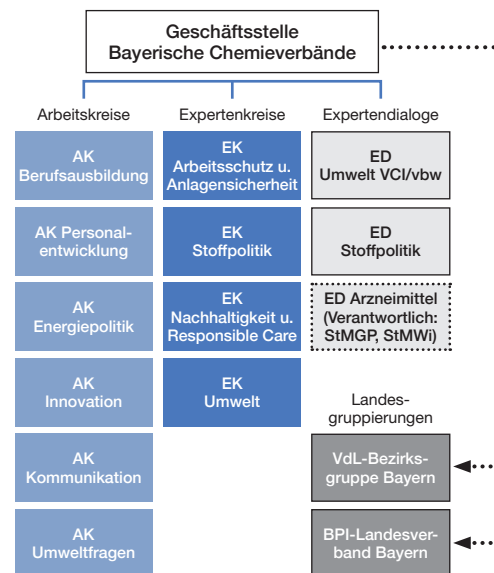
Die **gewählten Gremien** (SPA, TA, WPA, Beirat) nehmen in beratender Funktion Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in den jeweiligen Bereichen – hier steht der Input der Firmen an vorderster Stelle. WPA und Beirat tagen dabei immer gemeinsam.

In den **Arbeitskreisen** werden zu den jeweiligen Top-Themen der Branche die aktuellen Entwicklungen erörtert und die Branchenmeinungen hierzu erarbeitet.

Die **Expertenkreise** ermöglichen dazu auf fachspezifischer Ebene einen Austausch mit und zwischen Experten der Mitgliedsfirmen. Sowohl in den Arbeits- als auch den Expertenkreisen werden praxisrelevante Inhalte und Hilfestellungen vermittelt.

Expertendialoge sind branchenübergreifende, zum Teil extern organisierte und geleitete Dialogplattformen zwischen Vertretern der Industrie und der bayerischen Administration zur lösungsorientierten Erörterung von aktuellen Fachfragen und Vollzugsthemen.

Der VCI-LV vertritt auch die dem VCI angeschlossenen **Fachverbände**. Die Geschäftsführung/Geschäftsstelle führt dabei zudem die operativen Geschäfte der Landesorganisationen von Fachverbänden, die eigene Landesstrukturen besitzen.



Rolle der Gremien

Gewählte Gremien:

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss

Der SPA nimmt in **beratender Funktion** Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in Fragen der **Sozialpolitik**.

Tarifpolitischer Ausschuss

Der TA ist das **zentrale Gremium** rund um die **Tarifvertragsarbeit** im VBCI.

Wirtschaftspolitischer Ausschuss

Der WPA des VBCI **berät** Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem Beirat des VCI-LV.

Beirat

Der Beirat des VCI-LV berät Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem WPA des VBCI.

Arbeitskreise:

AK Berufsausbildung

Austausch zwischen Praktikern der Berufsausbildung zu aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich (z. B. langfristige Nachwuchssicherung u.v.m.)

AK Energiepolitik

Austausch rund um eine **sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung** (u. a. energiepolitische Entwicklungen und Verbandspositionierung hierzu)

AK Kommunikation

Austausch zur **Optimierung der Kommunikationsarbeit** in der Branche (z. B. Kommunikation im Wandel, Krisenkommunikation, neue Medien, etc.)

AK Personalentwicklung

Praxisnaher **Austausch** zwischen Experten im Bereich **Personalentwicklung**

AK Innovation

Themen rund um das Innovationsmanagement und **Innovationsrahmenbedingungen** (z. B. Analyse externer und interner Innovationshemmnisse)

AK Umweltfragen/vbw Umweltausschuss

„Master-Gremium“ zu **Umweltthemen**, Zusammenkünfte und Vorsitz gemeinsam mit dem vbw-Umweltausschuss

Expertenkreise:

EK Arbeitsschutz und Anlagensicherheit

Expertenforum zu Arbeitsschutz- und **sicherheitsrelevanten Themen** (u. a. Lessons Learned nach Ereignissen, Entwicklungen im techn. Arbeitsschutz, etc.)

EK Umwelt

Forum zum Austausch für **Umweltsachverständige/-beauftragte** (z. B. Anlageneignung, Luftreinhaltung, Natur-, Wasser- und Bodenschutz, etc.)

EK Nachhaltigkeit und Responsible Care

Forum zu **nachhaltigkeitsrelevanten Themen** (u. a. Diskussion und **Umsetzung der Chemie³-Initiative** sowie des Responsible-Care-Konzepts, etc.)

EK Stoffpolitik

Forum zum Austausch für Spezialisten aus den Unternehmen zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoffthemen** (u. a. REACH, CLP, Nanomaterialien, etc.)

Expertendialoge¹⁾:

ED Umwelt VCI/vbw

Dialogforum zw. Industrie und Umweltministerium auf Fachebene zu **Umweltfragen** (u. a. Rechtsentwicklung, „Trouble-Shooting“ bei Vollzugsproblemen, etc.)

ED Stoffpolitik

Dialogforum zw. Industrie und Umwelt- sowie Wirtschaftsministerium auf Fachebene zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoff-**, ggf. auch **Arbeitsschutzthemen**

1) Der ED Arzneimittel ist ebenfalls ein Industrie-/Behörden-Dialogformat zu arzneimittelrechtlichen Fragen. Da die Ausrichtung aber den beteiligten Ministerien obliegt, ist dieser hier nicht separat aufgeführt.

Landesgruppierungen der VCI-Fachverbände:

VdL-Bezirksgruppe Bayern

Landesgruppierung des Verbands der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V.

U. a. branchenspezifischer (Informations-)Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, landesspezifischen Initiativen sowie Positionierung der Branche, etc.

BPI-Landesverband Bayern

Landesverband des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie e.V.

U. a. branchenspezifischer Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, insbes. gesundheits- und arzneimittelrechtlichen Aspekten, Positionierung ggü. der bayerischen Politik und Verwaltung

Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Hans Seidl, Grünwald
Prof. Dr. Wilhelm Simson, München

Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Dr. Günter von Au, München (Vorsitzender)

Bernd Eulitz, München	Prof. Dr. Rudolf Staudigl, München
Albert Franz, Obernburg	Dr. Alois Virag, Burghausen
Peter Kurz, Fürth	Walter Vogg, München
Dr. Ulrich Opitz, Penzberg	

Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Dr. Günter von Au, München	Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen
Bernd Eulitz, München	Dr. Ulrich Opitz, Penzberg
Dr. Guy Gansfort, Ismaning (bis Dez. 2018)	Prof. Dr. Rudolf Staudigl, München
Dr. Christian Hartel, München	Karl Strummer, Vohburg
Klaus Kamhuber, Trostberg	Dr. Alois Virag, Burghausen
Peter Kurz, Fürth	Walter Vogg, München

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Engelbert Zehentmaier, Burghausen (Vorsitzender)

Paul Altmann, Schwandorf	Peter Knoll, Fürth
Klaus Angermaier, Burghausen	Annette Kunze, München
Johann Baumgartner, Neustadt	Anna Linne, Hallstadt (bis Nov. 2018)
Robert Brüstl, Gersthofen	Ute Melcher, Pullach
Hans-Peter Dangl, Bobingen	Bernhard Pawlitza, Burghausen
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig	Reinhard Pfiffner, Gersthofen
Uwe Fritz, Burghausen	Christina Pliml, Burghausen
Dr. Guy Gansfort, Ismaning (bis Dez. 2018)	Hansjörg Pohl, Unterschleißheim
Michael Grimbs, Pullach	Thomas Reichenzeller, Kirchheim-Heimstetten
Heinz Jahreiß, Bad Berneck	Eva-Maria Renner, Burghausen
Jochen Joa, München	Andreas Schmitz, Penzberg
Klaus Kamhuber, Trostberg	Barbara Strasser, Obernburg
Hannes Kauper, Nürnberg	Angela Wörl, München
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl	

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Holger Amberg, Gersthofen	Dr. Thomas Schnell, München
Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Arne Schulle, Unterschleißheim
Dr. Christian Hartel, München	Dr. Wolfgang Schumann, Geretsried
Johannes Heckmann, Schwandorf	Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Erich Lackner, Trostberg	Dr. Leonhard Unverdorben, Gersthofen
Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen	Dr. Gerhard Wagner, Burghausen
Dr. Karl-Martin Schellerer, Ismaning	Maximilian Westhoff, Waldkraiburg

Beirat (VCI-LV)

Holger Amberg, Gersthofen	Manfred Hoffmann, Neuburg
Dr. Susanne Fiedler, Haar (bis Feb. 2019)	Dr. Jürgen Koy, Bruckmühl (bis Aug. 2018)
Berndt Fritzsche, Essenbach	Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen
Markus Fritzsche, Essenbach	Dr. Thomas Schnell, München
Dr. Christian Hartel, München	Dr. Gerhard Wagner, Burghausen

Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Helmut Gruber, Burghausen	Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld
Dr. Fritz Hartl, Gräfelfing (†)	Dr. Hans Seidl, Grünwald
Dr. Jürgen F. Kammer, München	Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg	Dr. Peter Umfug, München
Rudolf Ribka, Walberberg	

Arbeitskreise/Vorsitz (VBCI und VCI-LV)

Berufsausbildung	Dr. Michael Wieser, Burghausen
Energiepolitik	Albert Franz, Obernburg
Innovation	Dr. Jürgen Stebani, Kaufbeuren
Kommunikation	Dr. Ulrich Opitz, Penzberg
Personalentwicklung	Peter Lerchner, Trostberg
Umweltfragen	Dr. Dieter Gilles, Burghausen

Landesorganisationen der VCI-Fachverbände

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Steffen Wegner, Herrsching

Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Rolf J. Dürschmidt, Regensburg

Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: Ass. jur. Walter Vogg

Geschäftsführer (VBCI):	Referenten:
Dr. Markus Born	Ass. jur. Annette Birkholz
Ass. jur. Stefan Mößner	Ass. jur. Dominic Hauenstein
Ass. jur. Peter Fürnthaler (stellv.)	Ass. jur. Philipp Hausch
	Ass. jur. Christiane Hönig-Achhammer
Geschäftsführer (VCI-LV):	Ass. jur. Andrea Klein
Dr. Markus Born	Ass. jur. Jana Kraus
Dr. Roland Appel (stellv.)	Robert Schuder
	Kwam Walton
	Dr. Mirja Wehner

Ausgewählte Brutto-Produktionswerte (Bayern) in 1.000 Euro und %-Anteil am Brutto-Produktionswert der Bundesrepublik Deutschland						
Melde-Nr.	Chemische Erzeugnisse	2016	2017	2018	%	Melde-Nr.
2012	Farbstoffe und Pigmente	108.843	112.067	140.819	3,5	2012
2012 24 702	Masterbatches, bunt	36.467	41.459	41.716	25,6	2012 24 702
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien	1.554.402	1.469.407	1.480.805	17,7	2013
2013 25 270	Natriumhydroxid i. wässr. Lsg. (Natronlauge)	79.198	91.022	129.182	15,2	2013 25 270
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	1.885.198	2.098.579	2.186.903	9,2	2014
2014 32 800	and. gesätt. acycl. einbas. Carbonsäur. Salz und Ester	45.409	47.182	50.665	13,6	2014 32 800
2014 41 290	and. acyclische Polyamine, Derivate, Salze	65.008	62.868	72.312	39,3	2014 41 290
2014 51 500	and. organisch-anorganische Verbindungen	55.273	60.622	59.500	8,5	2014 51 500
2014 71 200	Aktiviert natürliche mineralische Stoffe; Tierisches Schwarz, auch ausgebraucht	93.623	98.655	98.733	88,0	2014 71 200
2015	Düngemittel und Stickstoffverbindungen	50.162	53.717	50.048	1,7	2015
2016	Kunststoffe in Primärformen	4.056.667	4.436.604	4.666.090	17,6	2016
2016 40 308	Epoxidharze i. and. Primärform	37.685	35.809	37.379	9,5	2016 40 308
2016 53 908	And. Acrylpolymer i. Primärformen a.n.g.	167.754	183.957	194.376	11,9	2016 53 908
2020	Schädlingsbekämpfungs-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel	46.900	43.997	66.958	2,1	2020
2030	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitten	1.451.976	1.455.761	1.451.559	15,9	2030
2030 11 507	Acrylpolymerlacke Dispersionslackfarben	47.311	47.855	50.870	14,6	2030 11 507
2030 11 705	Synthet. Polymer Anstr.farben u. -lacke	41.233	36.267	29.469	6,3	2030 11 705
2030 12 505	Acrylpolymeranstr.farben	30.232	32.096	34.783	11,6	2030 12 505
2030 12 901	Festkörperreiche Lacke High Solids	38.701	41.168	44.012	18,0	2030 12 901
2030 12 908	Polyurethanharzlacke	34.642	30.276	27.587	8,3	2030 12 908
2041	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel	747.466	801.483	827.228	16,1	2041
2041 32 597	Reinigungsmittel flüssig f. and. Zwecke i.A.E.	29.209	30.401	33.514	12,2	2041 32 597
2041 32 600	Grenzflächenaktive Zubereitungen oh. Seife n.A.E.	46.760	50.743	47.461	12,5	2041 32 600
2041 42 800	And. künstl. u. zubereitete Wachse m. Siegelack etc.	141.289	165.347	165.433	32,8	2041 42 800
2042	Duftstoffe und Körperpflegemittel	1.103.206	1.123.613	750.687	14,2	2042
2042 12 500	Schminkmittel Make-up für die Lippen	158.868	98.576	94.230	56,7	2042 12 500
2042 15 003	Wässer, Cremes Spez.behandl.mittel zur Gesichtspflege	43.778	47.778	52.804	6,2	2042 15 003
2042 15 005	Wässer, Cremes zur Körperpflege auch für Kleinkinder	44.325	38.311	42.689	7,8	2042 15 005
2042 16 305	Haarwaschmittel Shampoo			38.800	9,4	2042 16 305
2042 19 755	Duschbäder			56.994	13,6	2042 19 755
2052	Klebstoffe	211.175	269.472	288.710	14,9	2052
2053	Etherische Öle	153.186	162.070	171.530	8,1	2053
2059	Sonstige chemische Erzeugnisse		2.647.921	2.844.687	16,0	2059
2059 41 570	Zub. Schmiermitt. f. Masch.	30.275	37.031	36.261	8,0	2059 41 570
2059 41 790	Zub. Schmiermittel für Masch., App. etc. ohne Ölanteil	111.710	127.774	119.616	26,6	2059 41 790
2059 43 500	Zubereitete Gefrierschutzmittel	66.118	79.374	72.713	22,5	2059 43 500
2059 52 100	Zusammengesetzte Diagnostik- oder Laborreagenzien	431.745	421.698	492.484	21,7	2059 52 100
2059 52 300	Modelliermassen, zuber. Dentalwachs, Zahnabdruckma.	96.355	132.722	159.220	41,4	2059 52 300
2059 55 735	Ausrüstungsmittel für die Textilindustrie	40.812	46.928	57.698	52,1	2059 55 735
2059 56 500	Zubereitete Antioxidationsmitt. u. a. Stabilisator.	46.455	50.320	48.694	13,0	2059 56 500
2059 59 909	Andere chem. Erzeugnisse Rückst. Zub. d. chem. oder and. Ind. etc.	152.102	177.024	199.392	5,6	2059 59 909
2060	Chemiefasern	696.766	734.084	722.265	36,7	2060
2099 99 000	Veredlung von Erzeugnissen der chemischen Industrie	131.332	130.234	118.169	5,3	2099 99 000
20	Chemische Erzeugnisse	14.264.024	15.183.764	15.409.616	13,2	20
2110	Pharmazeutische Grundstoffe u. ä. Erzeugnisse	99.129	110.165	123.900	3,3	2110
2120 11 800	Arzneiw. and. Antibiotika enth. ohne Penicilline i.A.E.	58.900	55.543	77.833	4,5	2120 11 800
2120 13 400	Arzneiw. Alkaloide keine Hormone Antibio. enth. i.A.E.			367.363	15,1	2120 13 400
2120 13 600	And. Arzneiwaren, Vitamine enth. i.A.E.	286.308	294.611	304.521	8,6	2120 13 600
2120 13 800	And. Arzneiwaren, Jod, Jodverb., etc. enthalt. i.A.E.	702.022	737.765	801.578	8,5	2120 13 800
2120 21 200	Antisera und andere Blutfraktionen	40.148	36.533	43.613	2,9	2120 21 200
2120	Pharmazeutische Spezialitäten u. sonst. pharmaz. Erzeugn.	1.593.569	1.634.599	1.763.717	5,5	2120
21	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse	1.692.698	1.744.764	1.887.617	5,2	21
20+21	Chemische und pharmazeutische Industrie	15.956.722	16.928.528	17.297.233	11,3	20+21

	Chemische Industrie			Verarbeitendes Gewerbe		
	2017	2018	%	2017	2018	%
Bayern						
Gesamtumsatz	18.146.995	18.674.246	2,9	368.834.089	374.979.803	1,7
darunter Ausland	11.204.585	11.607.332	3,6	196.503.203	199.319.468	1,4
Beschäftigte	62.745	64.658	3,0	1.288.853	1.330.966	3,3
Bund						
Gesamtumsatz	195.548.914	202 951 263	3,8	1.893.381.914	1.938.254.955	2,4
darunter Ausland	120.643.102	126 643 704	5,0	916.539.347	942.708.298	2,9
Beschäftigte	452.950	462 553	2,1	6.226.710	6.383.046	2,5

Bayern (Spartenergebnisse)						
	Umsatz		Auslandsumsatz		Beschäftigte	
	2017	2018	2017	2018	2017	2018
anorg. Grundstoffe und Chemikalien	405.479	446.838 10,2 %	228.994	260.876 13,9 %	1.746	1.918 9,9 %
org. Grundstoffe und Chemikalien	1.886.944	1.956.390 3,7 %	1.078.951	1.153.035 6,9 %	4.156	4.201 1,1 %
Kunststoffe in Primärformen	5.472.637	5.639.965 3,1 %	3.980.619	4.122.691 3,6 %	12.923	13.194 2,1 %
Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.478.821	1.483.722 0,3 %	808.936	834.663 3,2 %	6.939	7.188 3,6 %
pharmazeutische Erzeugnisse	1.883.924	2.024.526 7,5 %	918.865	968.137 5,4 %	7.691	7.838 1,9 %
Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel	1.252.109	1.290.510 3,1 %	603.728	623.484 3,3 %	2.803	2.959 5,6 %
Duftstoffe und Körperpflegemittel	1.197.186	850.774 -28,9 %	671.263	480.383 -28,4 %	4.932	4.969 0,8 %
Chemiefasern	918.501	887.612 -3,4 %	606.554	586.028 -3,4 %	3.799	3.887 2,3 %
Sonstige	3.651.394	4.093.909 12,1 %	2.306.675	2.578.035 11,8 %	17.756	18.504 4,2 %

nach Wirtschaftsklassen, Umsätze in 1.000 Euro
Beschäftigte jeweils zum 30.09.

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und
Datenverarbeitung, Statistisches Bundesamt, Chemdata,
eigene Berechnungen